

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stichtag 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechspaltige Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.

Telegramm-Adressen:
„Vorwärts-Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 5. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Parlament auf Ferien.

— Wien, 1. Februar.

Hat man jemals von einem Parlament gehört, das anderthalb Monate keine Sitzung gehabt hat? Rämlich ein Parlament, das „tagt“, das gemäß der Verfassung und nach seiner Geschäftsordnung „versammelt“ ist, und das dennoch einhalb Monate keine Sitzung hält! Diese Wunderlichkeit konnte nur der österreichische Parlamentarismus erzeugen, der der Welt schon so viele Seltsamkeiten geschenkt, die parlamentarische Technik um so manchen neuen Brauch bereichert hat.

Das Merkwürdigste an dieser unbegreiflich langen Pause in der Tätigkeit des Hauses ist wohl die Tatsache, daß sie erfolgt, um die Arbeiten des Parlaments zu fördern. Es klingt paradox, daß durch Nichtabhaltung von Sitzungen die Parlamentsarbeit beschleunigt werden soll, es ist aber dennoch so. Das Abgeordnetenhaus hat nämlich jetzt das Budget zu erledigen, und das ist in Oesterreich, zumal jetzt, eine sehr komplizierte Sache. Wohl ist der Staatsvoranschlag der Prüfung der Vollvertretung so ziemlich erledigt; obwohl es ein Budget ist mit 1600 Millionen Kronen, so wird weder im Ausschuss, noch im Plenum auch nur eine einzige Ziffer geändert; es bleibt alles so, wie es die Regierung vorschlägt. Nach der eigentlichen Staatsverfassung Oesterreichs sind auch die Budgetlämpfe ausgeglöhlicht, die in andern Parlamenten zwischen Regierung und Volksvertretung zu entzünden pflegen: die Kämpfe um die Forderungen des Militarismus. Das Budget für Heer und Marine wird nämlich, als eine Oesterreich und Ungarn gemeinsame Angelegenheit, nicht in den beiden Parlamenten, sondern von den Delegationen festgestellt und bewilligt; die Kosten des Militarismus kommen also ins Budget als eine gegebene und schon bewilligte Post, so daß die größte Streitfrage vorweg ausgeschaltet ist. Aber trotzdem währen die Verhandlungen über den Etat in Oesterreich ungewöhnlich lange. Einedeils erklärt sich dies durch den Umfang des Voranschlags: umfaßt er doch die ganze Verwaltung; anderndeils ist die lange Dauer auch durch die Schwierigkeit der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bedingt, die festsetzt, daß jede Regierungsvorlage einer Vorberatung im Ausschusse unterzogen werden muß, so daß also in Oesterreich nicht bloß einzelne, der kommissionellen Prüfung bedürftige Titel des Budgets an den Ausschuss gewiesen werden, sondern der ganze Voranschlag, woburh natürlich eine doppelte Budgetdebatte entsteht: erst in dem aus nicht weniger als 48 Mitgliedern bestehenden Budgetausschuss und dann, die zweite Auflage, im Plenum. Seht man nun in Anschlag, daß die letzte Budgetdebatte im Jahre 1896 stattfand — bisher hat sich der Voranschlag auf die Erlassung der verhängten § 14-Verordnungen beschränkt — so begreift man schon, daß das Bedürfnis nach einer Gelegenheit, Beschwerden vorzubringen und Wünsche auszusprechen — das Un- und auf der Budgetdebatte — heuer noch weitaus stärker war als schon sonst in normalen Jahren.

Just deshalb wurde das Haus auf Ferien geschickt: Die Plenarsitzungen wurden sistiert, um dem Budgetausschusse Raum und Zeit für die Vorberatung zu schaffen. Daß auf den Fortgang der Arbeiten im Ausschusse die Abwesenheit des Hauses nur fördernd einwirkte, kann man schon verstehen. Nicht bloß in Hinsicht der Zeit — der Ausschuss konnte Tag für Tag nun von früh bis abends Sitzung halten, ohne von Plenarsitzungen gestört zu sein — sondern vornehmlich dadurch, daß der Zank und Lärm, dem sich die Herren Volksvertreter in der öffentlichen Sitzung so gerne hingeben, unterblieben ist und damit auch die störenden Einwirkungen auf den ruhigen Gang der Ausschussverhandlungen. Die österreichischen Abgeordneten sind nämlich den Madon so gewöhnt, daß sie ein solches Quantum von Schallheit, wie es die lapidare Verhandlung des Budgets produziert, nicht vertragen, daß die Langeweile dieser sachlichen Beratung ihnen jede Leidenschaft abtötet. Tatsächlich hat die Parlamentspause den Ausschussverhandlungen sehr genützt; es steht bereits am Ende seiner Beratung, allerdings sind noch die stacheligen Punkte zu erledigen: das Unterrichtsbudget, in dessen Falten sich so viele nationale Streitfragen bergen, der Dispositionsfonds der Regierung — wohl nur 200 000 Kr., aber wegen seiner Unkontrollierbarkeit als politisches Vertrauensvotum geltend — und die Ausfälle von einigen Millionen für die Stadt Prag, die wohl sachlich berechtigt, aber dennoch ausschließlich von politisch-nationalen Beweggründen diktiert und also als Konzeption für die Czachen von den Deutschen bekämpft wird. Aber die Hauptarbeit ist bewältigt, und wenn das Parlament wieder zusammenkommt, wird es sich an die zweite Lesung bald machen können. Vorausgesetzt, daß es wollen wird, was bei diesem prächtigen Hause nicht so ausgemacht ist, als man meinen sollte!

Die Ausschüsse für eine glatte Erledigung des Budgets sind in letzter Zeit allerdings gesiegt. Freilich, mit der Zeit geht es nicht so, als sich's Herr v. Koerber vorgestellt hat. In der Rede, womit er das Haus im Herbst begrüßte, sprach er die Erwartung aus, das Budget werde bis Jahreschluss für und fertig sein: jetzt wird er froh sein, wenn er's vor Ostern herauskriegt. Aber fertigbringen wird's das Parlament; die dahin hält es das kranke Haus

noch aus. Schließlich: eine Entscheidung ist beim Budget nicht zu treffen, und zum Redenhalten sind Abgeordnete ja immer bereit. Wohl schaut gerade im Augenblicke die „Lage“ nicht besonders erfreulich aus und der alte Gegensatz zwischen Deutschen und Czachen ist wieder einmal zur Erscheinung gekommen, aber vor einer ersten Gefährdung seines Daseins steht das Abgeordnetenhaus nicht. Dergleichen handelt es sich, nebst einigen Mittelschulen (darunter dem legendären slovenischen Gymnasium in Lissi, über welche Bogatsche seinerzeit das Koalitionsministerium gestürzt ist) um die Frage der ezechischen Universtität in Mähren, aus welcher Forderung die Czachen einen Kriegsfall machen wollen, wogegen die Deutschen, die unbedingt Ablehnung strikte begehren. Die Regierung will natürlich die neue Universtität weder errichten, noch die Errichtung ablehnen: sie bürgelt also eine „Erklärung“, die beide Parteien befriedigt, indem oder trotzdem sie beiden nicht zu Willen ist. Doch sind das alles nur geringfügige Episoden, denn im Augenblicke wollen weder die Deutschen noch die Czachen Krieg führen. Seitdem Herr v. Koerber angedeutet hat, die Verschlagung des Parlaments mühte nicht etwa den Absolutismus, sondern könnte auch eine Wahlreform zeitigen, seitdem ist es den Chauvinisten aller Lager sehr bünglich zu Mute geworden und die unerbrochene Kampflinie ist ihnen ganz entwichen. Die wilden Chauvinisten, die einst zum Kampfe wider das Parlament so mühsam aufstürzten, sind jetzt ganz zahm geworden und ohne große Schwierigkeiten wird sie Herr v. Koerber zur Bewilligung des Budgets führen.

Vor der Gefahr, daß es einem Aufriff erliegen könnte, daß ihm etwa irgendwelche Obstruktion den Garaus machen könnte, ist also das österreichische Abgeordnetenhaus im Augenblicke sicherer behütet als irgend ein Parlament in Europa. Die Obstruktion hat sich nämlich in Oesterreich als ein absolut todbringendes Komplikament erwiesen, so daß zur Obstruktion greifen heute nicht weniger als die Entschlossenheit bedeuten würde, daß Parlament in die Luft sprengen zu wollen. Aber diese Entschlossenheit ist nirgendwo mehr vorhanden, am wenigsten bei den Jungczachen, die einst größmüßig versichert hatten, dem „Wiener Reichsrat werde kein Pardon gegeben werden.“ Die Frage des österreichischen Parlamentarismus ist vielmehr die Frage, ob das Privilegienparlament noch Lebenskraft besitzt, ob die erschreckliche Zerissenheit und Zerfahrenheit aller Verhältnisse eine politische ordnende und geregelte Tätigkeit noch aufkommen läßt. Das wird sich an dem Budget nicht erweisen lassen, das wird man genau und endgültig erst im Herbst erfahren, wenn die „schweren“ Dinge: Ausgleich und autonomer Zolltarif auf die Tagesordnung kommen werden. Das österreichische Abgeordnetenhaus lebt heute von dem, woran es stirbt: nämlich von der Gleichgültigkeit der Bevölkerung. Es hat jetzt anderthalb Monate keine Sitzung gehalten, aber niemand hat es vermisst, niemand hat sich gegen die Bagatelisierung aufgelegt: weder in den Parteien, noch in den Zeitungen. Es fehlen sich nach der Tätigkeit des hohen Hauses nicht einmal die Abgeordneten selbst; wenn die ihre hohen Diäten bekommen, so ist der größte Teil ihres Interesses an der Funktion der Vollvertretung befriedigt. Die Apathie, mit der die abnorm lange Parlamentspause überall aufgenommen ward, zeigt deutlich, wie gleichgültig das Parlament jedermann geworden ist, wie wenig es der Bevölkerung bedeutet. Es ist die technische Bedingung zur Erzeugung von Gesetzen — sonst nichts. An dieser Gleichgültigkeit wird es zu Grunde gehen, aber von dieser Gleichgültigkeit lebt es jetzt, weil sie es ist, die den Kampf gegen das entwurzelte Haus verhindert. Daß sie ein Parlament haben, erfahren die Oesterreicher aus den Zeitungen, aber in ihren Herzen, in ihren Sehnsüchten lebt dieses Parlament nicht mehr.

Zolltarif-Kommission.

Die Beratung über die Transilager wurde am Dienstag fortgesetzt, aber nicht zu Ende gebracht, vielmehr wurde zum Schluß beschlossen, militärische Hilfe zur besseren Wändigung der agrarischen Obstruktion für morgen zu requirieren.

Zu Beginn der Sitzung beantragt der Abg. Fischbeck (fr. Sp.) mit Rücksicht auf die Lage außerhalb der Kommission mit den Getreide- und Minimalzöllen zu beginnen und dann erst in diesem Paragraphen fortzufahren.

Abg. Singer (Soe.) wendet sich gegen diesen Antrag. Fischbeck habe sich wohl zu sehr durch Zeitungsdarlehen beeinflussen lassen. Wir haben das Interesse, so gründlich wie möglich die Sache durchzunehmen. Man wird schließlich wohl alleinig dem schon von Stadthagen dargelegten Grundsat sachlich, gründlich und schnell zu beraten, bestimmen.

Der Antrag Fischbeck wird gegen die Stimmen der beiden Freisinnigen abgelehnt.

In der Diskussion wenden sich seitens der Regierung gegen den agrarischen Versuch, die gemischten Transilager (das sind Transilager für Getreide, das sowohl zur Ausfuhr wie zur Einfuhr bestimmt ist) zu befreieren der bayerische Ministerialdirektor Ritter von Weiger, der Geheimrat im preussischen Finanzministerium v. Rodan, der Geheimrat im preussischen Handelsministerium v. Luftsch, Geheimrat Leubeder, in sehr eindringlicher Weise Staatssekretär Graf Posadowski und der badische Gesandte v. Ziegmann.

Von den Abgeordneten sprach zunächst der Abg. Dreedbach (Soe.): Das Recht der Konsumenten gegen exorbitante Erteigerung der Preise der Lebensmittel muß geschützt werden. Der Vorteil der gemischten Transilager für die Konsumenten, für den Getreide-Großhandel auf demselben Boden, besonders für die Allgemeinheit sei anzuerkennen. Von Mannheim sind im Durchschnitt während der letzten 5 Jahre jährlich 70 000 Tonnen Weizen nach der Schweiz angeführt worden. Ob das bei guter Ernte verfügbare Getreide in deutschen Transil-

lagern oder in Antwerpen, Rotterdam, in den Docks von Odessa oder selbst in den nordamerikanischen Elevatorstationen liegt, ist für die Preisgestaltung im Weltmarkt ohne Belang. Die Befreiung der Transilager schädigt die Interessen der Allgemeinheit. Wir werden es nicht zulassen, daß aus der Haut der Konsumenten Riemen für die Großgrundbesitzer geschnitten werden. Ganz und gar verkehrt sei das Argument, das die Agrarier in militärischem Interesse geltend machen. Sie sagen, Deutschland gerate in Gefahr, wenn es beim Ausbruch eines Krieges auf die Einfuhr ausländischen Getreides angewiesen wäre. Aber gerade die Transilager beseitigen ja diese Gefahr. Selbst von militärischen Interessen aus aber müßten die Agrarier, wenn sie eben nicht vollständig für die Befreiung der Transilager hypnotisiert wären, ihren Antrag zurückziehen. Im Interesse der Steifigkeit und im Interesse der Konsumenten könnte man sich nur für die vollste Zulassung von Transilagern aussprechen. Diesem Wunsche komme der Antrag Gotthein-Brömel und der Antrag Hehl am meisten entgegen. Ganz unerforschliche Wege wandle das Centrum. Vor wenigen Tagen hatte der Abg. Speck und andre Centrumsabgeordnete einen Antrag eingebracht, nach dem bestimmten süddeutschen Städten Transilager gestattet sein sollen und nun hat der Abgeordnete Speck den Antrag Schönerer unterschrieben, der nur für an der See gelegene Städte Transilager zulassen will. Großen Eindruck machte es, als Dreedbach zum Schluß darauf hinweisen konnte, daß selbst der Präsident des Reichsgerichtes, von Neubronn, Mitglied der ersten Kammer des badischen Landtages in dieser erklärt hatte, daß der Weg, das Getreide noch mehr zu verteuern, ganz und gar ungangbar wäre.

Von den übrigen Abgeordneten weist der Abg. Fischbeck (fr. Sp.) an der Hand der Reichstags-Debatten das Schwanen der Feinde der Transilager nach und hofft, daß die Regierung, die ja nun nachgegeben hat, und der gegenüber man trotzdem noch weiter gehen wolle, die Lehre für die Zukunft hieraus entnehmen wird, den unerfülllichen Agrariern nicht nachzugeben. Wer unerfülllich ist, der bekommt immer mehr Hunger.

Die Abgg. Speck (G.) und Dr. Paasche (natl.) und Dr. Helm (G.) verließen die verschiedensten Stützpunkte, um ihre völlig agrarische Haltung plausibel erscheinen zu lassen.

Zum Schluß wendet sich der badische Gesandte Dr. v. Jagemann nochmals gegen die agrarischen Entwürfe und hebt hervor, daß er die ruhig objektiven, sachlichen und einbringlichen Argumente des Abg. Dreedbach zu fünf Sechstel anerkennen muß.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung vertagt. Auf Antrag des Abgeordneten Gotthein (fr. Sp.) wird beschlossen, zur nächsten Sitzung einen Vertreter der Heeresverwaltung heranzuziehen, damit dieser den Agrariern ähnlich wie bei der Kanalvorlage ihr auch vom militärischen Standpunkt aus verkehrtes Vorgehen klarzulegen versuche. Die interessante Debatte, zu der nach Mitteilung des Präsidenten noch 10 Redner gemeldet sind, wird Mittwoch 10 Uhr fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Konservativer Zollrückzug.

Während die sammelpolitische Presse die Wachsamkeit ungestört zur Einigkeit mahnt, während eine vielleicht offizielle Korrespondenz der Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin den agrarischen Extremen die unangenehme Drohung vorhält, daß „die Regierungen auch ohne das neue Gesetz über Handelsverträge verhandeln könnten“, — haben die Konservativen sich bereits zur langsamen Rückwärtsbewegung entschlossen.

Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ ist heute einigermaßen entsagungslos gestimmt; sie ist schon befriedigt, die konservative Provinzpreise darin einzig zu sehen, daß „die Regierungsvorlage ohne Abänderungen unannehmbar sei“. Aber was sind „Abänderungen“? Da ist nicht mehr die Rede von der ganz bestimmten, bisher als unbedingt nötig erforderlichen Wändigerforderungen. Nun auch es wohl sein, daß die „Deutsche Tageszeitung“ morgen wieder eine andre Tonart anschlagen wird, doch unverkennbar ist ein Umschlag in den Wändlerkreisen eingetreten. Man wird auch weiterhin Anzusiedelheit mit den Regierungsvorschlägen verbunden, aber die Kraftworte werden gemildert und man rechnet mit der Aussicht, daß die Mehrheit der Konservativen sich mit der Regierung einigen werden.

Diese Aussicht gewinnt durch die nach langem Erwägen jetzt endlich fertig gestellte Meinungsäußerung der „Kreuz-Zeitung“ zu der offiziellen Regierungserklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erhebliche Wahrscheinlichkeit. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„... Sodann aber müssen wir von neuem betonen, daß von der Mehrzahl derjenigen parlamentarischen Kreise, die der Landwirtschaft die Existenzmöglichkeit gesichert wissen möchten, die in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mindestsätze für Getreide nicht als ausreichend betrachtet werden. Aufgabe dieser Kreise muß es nach unserer Auffassung sein, auf die gleichgesinnten Mitglieder der Tarifkommission dahin einzuwirken, daß sie sich schleunigst über bestimmte Anträge auf Erhöhung jener Sätze einigen. Diese Anträge werden allerdings so zu gestalten sein, daß sie nicht mit Sicherheit als den verhandelteten Regierungen unannehmbar betrachtet werden können. Aus diesem Grunde kann es sich selbstverständlich nur um eine mäßige Erhöhung handeln. Für eine solche würde sich im Reichstag eine Mehrheit finden, die auch einen Teil, wenn auch nur eine Minderheit der Nationalliberalen mit umfaßt. Mit der Herbeiführung einer solchen Einigung im Schoße der Kommission darf aber nicht gezögert werden. Denn mit ihr ist erst

ein Teil dessen, was not thut, gehen. Dann bleibt immer noch die Aufgabe, eine Beschlußfassung des Reichstages herbeizuführen. Wenn jedoch die Kommission hierzu nicht schlemmigt das Ihrige thut, so kann es dahin kommen, daß der Tarifentwurf nicht an der Obstruktion der Linken, auch nicht an dem Widerstand der verblüdeten Regierungen scheitert, sondern an der Unfähigkeit der schutzösterreichischen Mehrheit, sich über bestimmte Vorschläge zu einigen. Hierin läge nach unserer Auffassung die denkbar schlimmste Gefährdung der auf den Schutz der nationalen Arbeit gerichteten Bestrebungen.

Diese Erklärung der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß die Konservativen das offiziöse Wort von der „ernstlichsten Gefährdung“ sehr ernstlich beachten wollen. Zwar wollen sie sich noch nicht gänzlich zu der Regierungsvorlage bekennen, sondern legen den lieblichen Vorschlag weiter fort, aber „es kann sich selbstverständlich nur um eine mäßige Erhöhung“ handeln. Bisher war das „selbstverständlich“, daß ein ganz bedeutende Erhöhung nötig wäre, wenn die Vorlage annehmbar werden sollte. Auch über die Ursprungstafel, die von der Regierung abgelehnt werden, sagt das konservative Blatt nichts, seine Sorge ist nur die Erzielung der Einigkeit unter den Buderparteiern.

Es mögen noch vielerlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, um die Buderangelegenheit in den zahlreichen Interessenstreitigkeiten, die die Tarifvorlage stellt, allenthalben zu erreichen. Schon die Thatsache, daß der größere Teil der Nationalliberalen — wenigstens vorläufig — sich entschlossen hat, nicht über die Mindesthöhe der Regierungsvorlage hinauszugehen, steht der Einigung noch erheblich im Wege. Aber es wäre auch im jetzigen Stadium des Zollkampfes gründlich verfehlt, wenn die Zollopposition auf diese Schwierigkeiten unter ihren Gegnern Hoffnungen setzen wollte! —

Der Reichstag

führte die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern auch am Dienstag noch nicht zu Ende. Der langsame Fortgang der Beratungen ist gerade bei diesem Reichsamte kein Wunder. Der Kreis der ihm gestellten Aufgaben wird immer größer und je weiter sich die sociale Versicherungs-Gesetzgebung entwickelt, desto umfangreicher müssen sich die Verhandlungen gerade über diesen Punkt gestalten. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich eine Loslösung der eigentlichen socialen Aufgaben vom Reichsamte des Innern vorbereitet. Genosse Debel hatte durchaus recht, als er auf den Zwang der Verhältnisse hinwies, die über kurz oder lang zur Gründung eines Reichs-Arbeitsamtes führen müssen, und als er die Gründung der arbeiterstatistischen Abteilung im Statistischen Amt, die an die Stelle der früheren Kommission für Arbeiterstatistik treten soll, als eine Etappe auf diesem Wege bezeichnete.

Nach der Erklärung des Grafen Posadowsky in der Kommission und heute im Plenum, worin er die Hoffnungen der Scharmacherpresse auf eine Einschränkung der Kompetenzen dieser Abteilung zurückwies, fand die neue Organisation eine ziemlich günstige Aufnahme im Reichstag. Nur darüber gingen die Meinungen auseinander, ob sich für die neue Abteilung ein fester Beirat aus Unternehmern, Arbeitern und einer Anzahl Gewerbe-Inspektoren, wie Debel vorschlug, empfehle, oder ob von Fall zu Fall auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern der Abteilung Unternehmer und Arbeiter zugezogen werden sollen. Diesen Weg hatte Herr Spahn vom Centrum vorgeschlagen und Graf Posadowsky schloß sich ihm an.

Die von Stadthagen gewünschte Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen, die allein die richtige Grundlage für die Reform der Krankenversicherung abgeben kann, lehnte der Minister leider mit Rücksicht auf die hohen Kosten ab. Auch Herr Dr. Hoffe mußte sich mit seinem Wunsche nach obligatorischer Wertdeklaration bei der Warenstatistik noch gedulden.

Sehr breit gestalteten sich die Verhandlungen über das Patentamt. Herr Dr. Müller-Reinigen hatte sehr heftige Beschwerden über den Uebermenschen im Reichs-Patentamt, den Präsidenten, vorzutragen, der die Patent-schriften der Patentanwälte etwas schulmeisterlich behandeln soll. Das war aber nicht die Hauptsache. Den Herren Camp und Pasch handelte es sich darum, zum Zollkrieg gegen die Schweiz scharf zu machen, weil ihnen das Patentrecht der Eidgenossenschaft nicht gefällt. Die Schweiz erteilt ihren Bürgern und den Fremden nur auf solche Erfindungen Patente, für die ein Modell hergestellt werden kann. Dabei gehen alle chemischen Erfindungen leer aus, und schweizerische Fabriken an der Grenze machen sich diese Bestimmung zu nütze, um deutsche chemische Fabrikate nachzunehmen. Dabei können sie billiger sein, als die deutschen Fabriken; weil ihnen die Rohstoffe von deutschen Fabrikanten billiger geliefert werden, als sie im Inlande zu haben sind. Diesen Umstand verschweigen die Herren Camp und Pasch natürlich. Sie verlangen, daß die Schweiz zu einer Aenderung ihres Patentgesetzes gezwungen werde, und Graf Posadowsky war sofort bereit, bei den künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen mit der Schweiz eine solche Forderung in Aussicht zu stellen. Die Schutzösterreicher hatten die Freude, daß ein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei, Dr. Müller-Reinigen, auf ihren Vorschlag hineinkam und sich bereit erklärte, der armen Schweiz die Zähne zu zeigen. Stadthagen verspottete dieses Mißgeschick des Herrn Müller und warnte vor unberechtigten Eingriffen in die autonomen Rechte eines fremden Landes, auch Herr v. Kardorff hatte seinen Stummer. In seinem Eifer, die Schweiz zu treffen, hatte der ewig undorsichtige Camp entsprechende Anträge für die Zolltarif-Kommission angeknüpft. Stadthagen ermutigte ihn zu diesem edlen Voratz, aber Herr v. Kardorff hat seinen lieben Freund Camp himmelhoch, die Zolltarif-Kommission nicht mit solchen Anträgen noch mehr zu belasten.

Zum Schluß kam das Reichs-Versicherungsamt an die Reihe. Hier erörterte Stadthagen in einer großen Rede die Mängel der Unfallversicherung und ihrer Organisation. Zwei Menschenklassen hatte er besonders aufs Korn genommen, die hochbezahlten Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften, darunter auch Herr Jelsch und die Vertrauens-ärzte der Berufsgenossenschaften à la Masius. Auf die Leistungen der Unfallversicherung warf unser Redner einen kritischen Blick und stellte fest, daß die ungeheure Belastung für den industriellen Unternehmer pro Kopf und Arbeiter 1/10 Pf. und für den Landwirt nur 1/20 Pf. betrage. Die Zahl der Unfälle wächst erschreckend an, die Unternehmer aber fahren bei der Unfallversicherung in ihrer jetzigen Form bedeutend besser, als wenn der alte Haftpflichtgedanke weiter ausgebaut wäre. Unser Redner forderte volle Entschädigung aller Unfälle und Teilnahme aller Arbeiter an der Verwaltung.

An Stelle des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, Gaebel, dessen Gesicht der Reichstag noch nicht häufig erblickt hat, übernahm Graf Posadowsky die Verteidigung, sagte

dabei aber für einzelne Beschwerden Untersuchung zu. Aus seiner Erwiderung klang hervor, daß die Behörden den Berufsgenossenschaften gegenüber sehr machtlos sind.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. Auf der Tagesordnung folgt weiter der Marine-Etat.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Bei Beratung der Einnahmen stimmten, wie im Vorjahre, einige bunte Geinze-Leute ein lautes Klagegeschrei darüber an, daß die königliche Porzellan-Manufaktur der modernen Richtung in der Kunst huldige. Während die Erörterung dieser Frage einen breiten Raum in der Debatte einnahm, wurde die wichtige Anregung des Abg. Dr. Firsch (fr. Vp.), dem Landtage eine Uebersicht über die Verhältnisse der in der Porzellan-Manufaktur thätigen Arbeiter vorzulegen, anscheinend völlig überhört. Nur der Minister gab eine ausweichende Antwort, die Mitglieder des Hauses hingegen ließ diese Anregung kalt.

Nach Bewilligung der Einnahmen folgte die übliche, sich an den Titel „Minister“ knüpfende Generaldebatte. Hierzu lagen Anträge des Centrums und der Konservativen vor, wonach die Ausbildung von Lehrlingen im Handwerk nur solchen Personen gestattet sein soll, die den Meisterstitel zu führen berechtigt sind; doch soll nach einem Zusatzantrag des Abg. Firsch, v. Jedlich (fr.) hierbei gebührende Rücksicht genommen werden auf die zur Zeit zur Ausbildung von Lehrlingen Berechtigten. Ferner verlangt ein Antrag Dr. Fische (C.) u. Gen. die Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker.

Diese Anträge, die darauf hinauslaufen, indirekt den Befähigungsnachweis für alle Handwerker einzuführen, fanden eifrige Unterstützung bei beiden konservativen Parteien und dem Centrum. Allen voran begeisterte sich der bekannte Zunftschwärmer Jelsch (L.) für den Befähigungsnachweis; er wußte die Zustände vor Einführung der Gewerbe-Ordnung nicht richtig genug und die nach ihrer Einführung nicht schwarz genug zu schildern. Vor 1869 kannte man keinen Bauhandwerker, und das Handwerk stand in Blüte; nach 1869 hingegen blühte der Bauhandwerker und die Handwerker proletarisirten. Diesen Bauhandwerker und diese Proletarisirung der Handwerker, zwei Erscheinungen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzeln, wollen die Hünfler durch Einführung des Befähigungsnachweises beseitigen und damit, wie Abg. Euler (C.) sich ausdrückte, zugleich den Handwerkerstand auch moralisch heben und die Handwerker der Socialdemokratie abspenstig machen. Viel Glück werden sie in diesem Kampf trotz der Hilfe, die ihnen Abg. Firsch, v. Jedlich (L.) in Aussicht stellte, nicht haben; den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung vermag auch die konservativ-meritale Mehrheit des preussischen Abgeordneten-hauses nicht aufzuhalten.

In wirksamer Rede bekämpfte Abg. Wallbrecht (natl.) die Anschauungen seines Berufskollegen Jelsch, indem er an der Hand einer 40jährigen praktischen Erfahrung nachwies, daß der Bauhandwerker vor Erlaß der Gewerbe-Ordnung ebenso glücklich habe wie nachher, und daß das Baugewerbe seit 1869 sogar gewisse Fortschritte gemacht habe. Mit Recht wies er darauf hin, daß man durch Einführung des Befähigungsnachweises das Gegenteil von dem erreichen würde, was man damit beabsichtigt. Ihm pflichteten die Abg. Dr. Friedberg (natl.) und Gothein (fr. Vp.) bei, letzterer mit der gegen die Agrarier gerichteten Spitze, daß dieselben Herren, die hier den Befähigungsnachweis für Handwerker fordern, zum größten Teil für ihren eignen Beruf vom Befähigungsnachweis nichts wissen wollen.

Nebenher liefen Klagen über den Niedergang der Handwerker. Auch hier wieder die gleiche Kurzsichtigkeit! Die Regierung soll durch künstliche Mittel den Niedergang aufhalten. Der Minister nahm dieser Frage gegenüber einen vernünftigen Standpunkt ein; er betonte, daß die Zeiten der Handweberlei unwiederbringlich verloren sind, und warnte vor dem krankhaften Versuch, sie zurückzurufen. Das einzige, was die Regierung thun könne, sei, die Handweber dazu auszubilden, daß sie sich der mechanischen Weberlei zuwenden. Von anderer Seite wurde noch die wirtschaftliche Hebung der Weberdistrikte durch Förderung des Kleinbahnwesens verlangt.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. Vorher soll das Gesetz betr. die Heranziehung zu den Kreislasten in erster Lesung beraten werden. —

Deutsches Reich.

Die Marinelieferanten-Presse.

Zu den schlimmsten kapitalistischen Korruptionserscheinungen gehört es, daß das Unternehmertum Zeitungen ausstößt, die sich den Anschein geben, als verträten sie nationale Allgemeininteressen, während sie in Wirklichkeit nichts weiter als Geschäftsagenten sind. Natürlich aber schreiben derartige Blätter nicht: „Im Namen der Firma Krupp, die dringend neue Marine-Aufträge braucht, verlangen wir eine Flottenvergrößerung“. Sondern sie reden von des Reiches Ehre und Herrlichkeit, beweisen, daß es im nationalen Interesse bei der gegenwärtigen politischen Situation dringend notwendig sei, mehr Panzerlände schwimmen zu lassen, und sie schimpfen patriotisch auf die vaterlandslosen Gesellen, die so ruchlos sind, ihre Ueberzeugungen nicht nach den Geschäftsbedürfnissen von Rüstungs-Industrianten einzurichten.

Diese Blätter werden nicht von den Abonnenten erhalten, sondern von ihren Besitzern, welche die teure Verarbeitung der öffentlichen Meinung unter die Geschäftsbesitzer buchen und durch diese Fabrikation von Fälschungen die Produktionskosten ihrer Waren verteuern.

Andererseits legen die Zeitungen, die derart unter falscher Flagge segeln, Wert darauf, daß man sie für unabhängige Publikationsorgane hält, und darum verschleiern sie gern die Herkunft ihrer Unterhaltungs-gelder. So war früher an den „Berliner Neuesten Nachrichten“ Krupp beteiligt, und niemand war insolge dessen erkannt, wenn dieses Blatt in der Marinelieferantenpresse allen voranmarschierte. Dieser enge Zusammenhang bewirkte nun, daß man die Flottenpropaganda des Blattes zwar für sehr begründet, aber doch auch für allzu selbstverständlich hielt, als daß man sein nationales Ererbe ernst nahm. Darum hat man vor einiger Zeit eine kleine Schiedung vorgenommen, derart, daß seitdem das Krupp-blatt formell erklären konnte: „daß Herr Krupp persönlich oder seine Firma an den „Berliner Neuesten Nachrichten“ mit Aktienbesitz nicht mehr beteiligt ist.“

In der That, wir können bezeugen, daß das Blatt durch-stäblich die Wahrheit geschrieben hat, nur hätte es seine Erklärung nicht auf seinen Eid nehmen können, der bekanntlich auch

das Verschweigen von Thatsachen verbietet. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben nämlich den wesentlichen Umstand verschwiegen, daß die Aktien der Firma Krupp in den Besitz der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller übergegangen sind, zu deren Mitgliedern die Firma — — — Friedrich Krupp gehört. Man hat also nur das Besitz- und Einkaufsverhältnis dünn überflücht, aber der Name des Inhabers ist auf dem Schilde noch deutlich sichtbar.

Man hat demzufolge noch immer das Recht, da die Bezeichnung „Organ der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ etwas umständlich ist, von dem Berliner Krupp-Blatt zu reden. —

Blühende Landwirtschaft. Das Preussische Statistische Bureau veröffentlichte letzten aus den Ergebnissen der Viehzählung vom 1. Dezember 1900 sehr interessante Nachweise über die Steigerung des Wertes der Viehbestände in Preußen. Danach betrug der Verkaufswert für:

	1900	1892
Pferde . . .	1 685 879 978	1 230 776 958
Rindvieh . .	2 340 412 593	1 952 874 450
Schafe . . .	140 873 354	157 400 464
Schweine . .	588 737 871	439 065 888

Im ganzen erreichte der Verkaufswert bei den sieben hauptsächlichsten Viehgattungen (Pferde, Maultiere, Mel. Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen) den Betrag von 4 723 195 072 M. gegen einen solchen von 3 839 469 078 M. am 1. Dezember 1892; mithin hat er sich im Laufe von acht Jahren um 883 725 994 M. oder 23,02 Proz., d. h. jährlich um über 110 Millionen Mark oder um fast 8 Proz. gehoben.

Auch der durchschnittliche Verkaufswert hat sich gehoben. Es kosteten durchschnittlich:

	1900	1892
Pferde	542,26 M.	407,19 M.
Rindvieh	216,00 „	197,88 „
Schafe	20,12 „	15,57 „
Schweine	68,68 „	58,83 „

Der Durchschnittswert erhöhte sich für ein Maultier und einen Maultier um 33,68, für ein Schaf um 29,22, für einen Esel um 23,72, für ein Pferd um 16,07, für ein Rind um 9,18 und eine Ziege um 2,69; er ging für ein Schwein um 5,54 Hunderteile zurück.

In den acht Jahren 1892—1900 hat also nicht nur die Viehproduktion stark zugenommen, sondern auch der durchschnittliche Verkaufswert, d. h. die Rentabilität der Viehproduktion ist ganz erheblich gestiegen; nur hinsichtlich der Schweine ist bei erhöhtem Gesamtverbrauchswert der Durchschnittspreis ein wenig gesunken, eine Sentung, die in der letzten Zeit einer starken Steigerung gewichen ist.

Auf eine „Not“ der Viehzüchtenden Landwirtschaft denken diese amtlichen Zahlen nicht hin. —

Das Mälergewerbe in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: In ca. 14 Tagen erscheinen die Jahressberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren für 1901. Sie werden diesmal in einem selbständigen Anhang Mitteilungen bringen über die in dem Berichtsjahr gepflogenen Erhebungen über das Mälergewerbe. Wir sind in der Lage, schon heute einige Daten aus diesem Anhang zu geben.

Die Erhebungen betreffen im wesentlichen, daß im Mälergewerbe und namentlich im Klein- und mittleren Mälergewerbe bestehen. Sie betreffen aber auch weiter, daß sich die Kleinbetriebe in einer außerordentlich prekären Lage befinden, die vergrößert wird durch den Druck der kapitalistischen Konzentration. Hierüber sagt z. B. der oberbayerische Vertriebsleiter:

Die Fortschritte der Mälerindustrie und die Entwicklung des Verkehrs haben auch die wirtschaftliche Lage des oberbayerischen Mälergewerbes nachdrücklich beeinflußt. Der Zahl nach sind die Kleinbetriebe (Kleinstmühlen) vorberreichend, allein ihr Anteil an der einheimischen Mälerproduktion ist im stetigen Rückgang begriffen.

Der niederbayerische Vertriebsleiter eignet sich die bekannten Klagen der Schutzösterreicher an und meint: „Die wirtschaftliche Lage der Mälerindustrie hat sich im Laufe eines Decenniums allmählich immer ungünstiger gestaltet, je mehr größere Anstalten in Ungarn, am Rhein, an den norddeutschen Hafenplätzen entstanden sind, wo die billige Zufuhr ausländischer Getreides am Wasserwege dazu angereizt werden kann, billiges und schönes Mehl zu produzieren und dieses bei günstigen Mehlzoll- und Frachtkonvergenzen in alle Gebiete zu versenden. . . Eine Aussicht auf Besserung kann nur in entsprechender Erhöhung der Mehlzoll-tarife für die Einfuhr erblickt werden. Bei einem gebundenen Verhältnis soll der Mehlzoll das 2/3fache des Getreide-zolles betragen; einer mäßigen Getreidezoll-Erhöhung ist man nicht abgeneigt.“

Der zusammenfassenden Einleitung entnehmen wir folgende Angaben: Die über das Mälergewerbe vorliegenden statistischen Angaben führen den Rückgang der Kleinbetriebe vor Augen. So ist aus dem am Schluß folgenden Tabelle, welche die Zahl und Größenklassen der Gewerbebetriebe, die Teilung des Arbeitspersonals in verschiedene Kategorien, sowie die Benutzung von Motoren nach den Berufszählungen der Jahre 1882 und 1895 ersichtlich macht, unter anderem zu entnehmen, daß von 1882 bis 1895 die Zahl der Windmühl-, Gehilfen- und Motorenbetriebe von 8331 auf 6858, die Zahl der beschäftigten Personen (von 2—5 Personen) von 4916 auf 3297 gesunken ist. Für das Jahr 1901 ergibt sich nach den Anzahlen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten ein Bestand von 4482 Gehilfenbetrieben mit insgesamt 7000 Arbeitern; im Jahre 1895 wurden 6550 Arbeiter gezählt.

Eine nachteilige Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung des Gewerbebetriebs durch die vorerw. noch mangelhaft beobachteten reichsgesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit und jene über die Sonntagsruhe läßt sich dagegen in der Regel nicht feststellen. Die Erhebungen sind im allgemeinen glatt verlaufen und haben vielfach bei den Arbeitern ein reges Interesse für die zu behandelnden Fragen erweckt lassen; insbesondere ist in einigen Aufsichtsbereichen der fördernden Mitwirkung der Arbeiterorganisationen Anerkennung zu gedenken. Die Organisationen der Arbeiter sind im großen und ganzen selten und auch schwach entwickelt, wie sich aus dem Ueberwiegenden der Kleinbetriebe und der isolierten Lage der meisten Mälerbetriebe ohne weiteres erklärt. In einigen Bezirken hat immerhin die gewerkschaftliche Organisation unter der Gehilfenchaft festen Fuß gefaßt. In mäßigen Umfang und vorzugsweise in größeren Mälen haben die Arbeiter bisher Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ferner zur Abschaffung der Verpflegung im Hause des Arbeitgebers getan. Diese Bestrebungen waren größtenteils erfolgreich.

Bezüglich der Arbeitszeit wird bemerkt, daß diese in den Kleinbetrieben mit 1—2 Gehilfen immer noch unregelmäßig ist. Bei Rindmühl- und Mälen mit beschränkter Wasserkraft wird noch „nach Bedarf Tag und Nacht gearbeitet“. Bei den größeren Anlagen bürgert sich mehr und mehr eine 12 stündige Präsenzzeit für den einzelnen Gehilfen oder nach Abzug der Pausen eine 10 stündige effektive Arbeitszeit ein. Aber auch in den Anlagen mit 2 bis 4 Gehilfen wird häufig noch 18 Stunden und „ausnahmsweise“ sogar noch länger gearbeitet. Wie hieraus ersichtlich ist und worüber die Eingelieferten zum Teil verlässliche Mitteilungen bringen, werden die Bundesratsbestimmungen vom 26. April 1899, welche eine dringende Regelung der Arbeitszeit in den Getreidemälen betreffen, im allgemeinen wenig beachtet.

Dabei gehört das Mälergewerbe zu den gefährlichsten. Im Jahre 1901 ereigneten sich nach den Mitteilungen der Mälerberufsgenossenschaft 289 Unfälle. Belastet wird aus den einzelnen Bezirken vielfach, namentlich in Kleinbetrieben, über eine übermäßige Inanspruchnahme der Gehilfen durch Tragen schwerer Säcke, über gesundheitsgefährdenden Einfluß der staubhaltigen Luft, mangelnde Trockenheit und Reinlichkeit der Arbeitsräume, sowie ungenügende Beschaffenheit der Schlafstellen.

Das Trinkgeldwesen statt regelmäßiger Lohnzahlung ist noch stark im Schwange, die Lohnzahlung ist unregelmäßig und wie einige Probedudgets beweisen, können selbst ältere und bevorzugte Arbeiter, wenn sie verheiratet sind, nur durch Mithilfe der anderwärts arbeitenden Familienmitglieder einigermassen auskommen.

Im **ordentlichen Professor osteuropäischer Geschichte** in Berlin ist der bisherige außerordentliche Professor Schimann ernannt worden, wir wissen nicht, ob auf Vorschlag der Fakultät oder v. Althoff's Gnade.

Herr Schimann ist Stodrakonioner und Schaubühnen, er treibt Weltschmerz-Politik — gegen ihn fanden jüngst die polenwütigen Demonstrationen statt — und ist ständiger Mitarbeiter der „Kriegszeitung“. Das östliche Europa ist sonach sein Ideal, wenn er auch die Polen — jarmalisch findet.

Alles oder Nichts. Diese Parole giebt das Organ der vereinigten christlichen Bauernvereine, die „Rheinische Volksstimme“, für die Agrarier des Westens aus in Bezug auf die Getreidezölle. Das löst entrüstete Proteste aus, es werde erstrebt, den westlichen Bauer — soll heißen Agrarier — gegen den östlichen auszuspielen. Diesem Bestreben gegenüber sei darauf hinzuweisen, daß der Westen durchaus nicht hinter den Forderungen des Ostens zurückstehe. **Als unbedingt notwendig** erklärt hätten die vereinigten christlichen Bauernvereine Zölle von 7 1/2 % für Roggen und Weizen. In dieser wohlbequämten Forderung halte man fest, nicht ein Zitzelchen werde davon preisgegeben. Von den rheinischen Bauern werde der Regierungsentwurf ausnahmslos abgelehnt. In dieser Beziehung seien alle einig in der Meinung: „**Besser Freiheit als die Zollvorlage der Regierung.**“

Das ist auch unsere Meinung. Hoffentlich erlauben die „Bauern“ nicht in dem Kampfe gegen die Regierungsvorlage; an der Socialdemokratie soll es nicht liegen, daß sie nicht hart unter den Tisch fällt. Je mehr Hilfe wir bei Bekämpfung des Regierungsentwurfs finden, desto besser.

Centrum und Flotte. Die „Rheinische Volksstimme“, das Organ der Centrumsagrarier, bespricht den Antrag des Marineministers Trippl, der vom „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Sie begründet ihre Stellung zu der „gräßlichen“ Flotte und sagt zum Schluß, keinesfalls könne man dem deutschen Steuerzahler zumuten, eine Flotte zu bezahlen, um den deutschen Vörsenjobbern ihre exotischen Papiere zu sichern.

Stiftig bemerkt sie über ihre eigene Partei, das Centrum: „Ob die Forderung bewilligt werden wird, hängt allein vom Centrum ab. Die städtische Centrumspreffe spricht sich vorläufig dagegen aus. Aber das hat wenig zu sagen. Die Blätter werden schon zur rechten Zeit einschweifen.“

Als Centrumorgan muß die „Volksstimme“ ihre Wappenheime am besten kennen.

Duckantrag. Mit Unterstützung der freisinnigen Vereinigung hat der Abg. Schröder im Reichstage einen Antrag eingebracht, welcher eine Abänderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches in Bezug auf die Strafe gegen das Duell bezweckt. Der Antrag verlangt, daß statt der bisherigen Gefängnisstrafe in jedem Falle eine Gefängnisstrafe von nicht unter 3 Monaten für die Herausforderung und von mindestens 6 Monaten für das Duell selbst eintritt. Die Straffreiheit der Sekundanten wird beseitigt. Sie sollen als Gehilfen bestraft werden. Bei den Beamten soll mit einer Strafe von mindestens 3 Monaten auch die Unfähigkeit zur Verrichtung von öffentlichen Aemtern für die Dauer von 1 bis 5 Jahren verbunden werden. Wer wegen Unterlassung einer Herausforderung oder Nichtannahme einer solchen jemandem seine Verachtung bezeigt oder ihn andern gegenüber als verächtlich darstellt, soll mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft werden. Für Verletzungen oder Tötungen im Zweikampf soll der im Väterlichen Gesetzbuch vorgesehene Schadenersatz geleistet werden.

Der gut gemeinte Antrag wird bestenfalls am Riff der bundesrätlichen Ablehnung scheitern.

Daß die Socialdemokratie gegen die Gewerbe-Inspektoren hebe, hat der sächsische Bundesrats-Bevollmächtigte Dr. Fischer leghim im Reichstage behauptet. Er führte aus:

Wenn den Arbeitern jeden Tag gesagt wird: „Die Gewerbe-Inspektoren sind eure geschworenen Feinde“ (zwar bei den Socialdemokraten: Das ist nicht wahr), so glauben es die Arbeiter. Nicht bezeichnend ist folgender Vorgang: Im Dezember vorigen Jahres wurde in Sachsen ein Vortrag über die weibliche Fabrikinspektion gehalten. Sachsen hat ja mit dieser neuen Einrichtung bisher verweigert wenig Glück gehabt. In der Diskussion nun über diesen Vortrag beklagte sich auch eine Fabrikinspektorin darüber, daß sie von einigen Arbeiterinnen belogen und betrogen worden sei. Da trat ein Arbeiter auf und sagte: Nach dieser Neuherung der Dame ist das Band zwischen ihr und den Arbeiterinnen zerissen, sie kann nicht mehr erwarten, daß Vertrauen zu ihrer Arbeit herrscht. Also wenn jemand es wagt, die Wahrheit zu sagen, dann haben die Arbeiter kein Vertrauen mehr zu ihm. Ich glaube, das ist sehr charakteristisch. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Von einem Besucher jener Versammlung, die in Dresden stattfand, wird uns gefolgt: Herr Dr. Fischer ist über jenen Vorfall vollkommen falsch informiert. Kein Mensch hat der Beamtin in jener Versammlung die Freundschaft gekündigt. Es wurde ihr nur gesagt, daß das Vorbringen derartig allgemein gehaltener Beschuldigungen gegen die Arbeiterinnen in öffentlichen Versammlungen nicht geeignet sei, ihr das Vertrauen der Arbeiter zu verschaffen. Diese, wie man zugeben wird, sehr maßvolle Mäße war um so berechtigter, als sich im Laufe der Diskussion herausstellte, daß die Anklage auf sehr schwachen Füßen stand. Eine Arbeiterin teilte nämlich mit, sie kenne den Fall, auf den die Fabrikinspektions-Affektin anspiele. Eine Arbeiterin hätte sich bei der Fabrikinspektion über Missethände in ihrer Fabrik beschwert. Daraufhin sei die Beamtin in Begleitung des Fabrikanten in der Fabrik erschienen. Nun habe die Arbeiterin aber aus Furcht vor Maßregelung ihre Aussagen widerrufen. Die Fabrikinspektions-Affektin sei also nicht belogen und betrogen worden, sondern sie hätte durch ihr eigenes Rugschick die Arbeiterin in die Zwangslage versetzt zu lügen oder ihr Brot zu verlieren.

Wird Herr Dr. Fischer nunmehr seine Beschuldigung zurücknehmen?

Das Verhättnis von einer neuen deutsch-englischen Verständigung kurbert seit einigen Tagen. Es stützt sich auf den Umstand, daß der Prinz von Wales nicht, wie im Reiseprogramm vorgezogen war, fünf, sondern nicht einmal volle drei Tage in Berlin gewillt habe. Er reiste am Dienstagvormittag ganz unvermittelt ab, trotzdem noch für den Abend desselben Tages vom englischen Vorkaiser ein großes Ballfest veranstaltet worden war, zu dem der ganze Hof eingeladen worden war. Bei diesem Ballfest fehlten denn auch die beiden Hauptpersonen: der Prinz von Wales und der Kaiser. Gleich nach der Abreise des Prinzen von Wales hieß es in den offiziell vom Hofmarschallamt unterrichteten Zeitungen, der Kesther nach Strelitz sei nur eine Einlage, der Prinz werde schon am folgenden Tage, am Mittwoch, wieder zurückkehren.

Auch von Strelitz wurde Dienstag die Nachricht in Umlauf gesetzt, der Prinz treffe am andern Tage schon um 10 Uhr wieder in Berlin ein.

Thatsächlich aber kehrte am Mittwoch der englische Thronfolger nicht nach Berlin, sondern nach London zurück.

Diese auffallende Veränderung der Reisepläne des Prinzen von Wales giebt zu dem allerdings äußerst nahe liegenden Verdacht Anlaß, daß es zwischen dem englischen Thronfolger und dem deutschen Kaiser aus irgend einem Grunde zu einer Verständigung gekommen sein muß.

Freigesprochen und doch bestraft! Im vorigen Jahre wurde vom Throner Kriegsgericht und auch vom Oberkriegsgericht des 17. Armeebezirks wegen Mordverbrechen und Verleumdung militärischer Wachen in Idealcontumenz und Mordverbrechen der Generalmajor Oberleutnant Roggenbrod zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt. Die beim Reichs-Militärgericht eingelegte Berufung hatte Erfolg — das Urteil zweiter Instanz wurde aufgehoben. Was uns jetzt aus Thron gedruckt wird, ist Dienstag der Angeklagte völlig freigesprochen worden, nachdem er über ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen hat.

Es ist ganz unverstänlich, wie man Roggenbrod angesichts einer so relativ geringfügigen Verurteilung ein Jahr lang in der Untersuchungshaft sitzen lassen konnte!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Königsberg ein Pantinenmacher Häber zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. In einem Postbriefkasten wurde ein Brief an den Kaiser gefunden, der mit Schimpfworten enthielt. Da das Papier zu dem Briefe aus einem Schreibstift stammt, stellte die Kriminalpolizei auch Ermittlungen in den Schulen an. Es wurde schließlich die Tochter des Häber als die Schreiberin des Schimpfbriefes ermittelt und die weiteren Feststellungen führten zu dem Resultat, daß Häber dem Kinde den Brief diktiert hatte.

Ausland.

Die australischen Arbeiter gegen die englische Raubpolitik.

Aus Sydney wird vom Dienstag gemeldet: In ihrer Schlußsitzung wurde von der Konferenz der „Politischen Arbeiterliga“ (political labour league) nach lebhafter Debatte mit 89 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche sich für Autonomie der Boeren, Annexionierung der Kapregionen und Wiederaufrichtung der Farmen ausspricht. Die Resolution soll dem Premierminister des Bundes und dem Führer der liberalen Partei im Reichsparlament vorgelegt werden.

Dänemark.

Zur Neutralitätsfrage. Bei der ersten Beratung der Vorlage über die Ernennung einer Landesverteidigungs-Kommission im Folketing sprach sich Ministerpräsident Dennyger über die Frage der Neutralität Dänemarks aus. Die Regierung, so führte er aus, sei geneigt, den Mächten gegenüber, wie das früher geschehen sei, zu erklären, daß Dänemark neutral sein und dies durch seine Handlungen beweisen wolle. Die Mächte würden sicherlich den guten Willen Dänemarks anerkennen. Wenn man jetzt an eine gleichzeitige und gemeinsame Neutralitäts-Erklärung Schwedens, Norwegens und Dänemarks denke, so sei dies in mehreren Beziehungen von großer Bedeutung. Die Regierung werde dem Fortgang der Bewegung in Schweden und Norwegen mit großem Interesse folgen.

Frankreich.

Nachklänge zur Dreifus-Affäre. Der „Frankfurter Jg.“ wird aus Paris despektiert: Das Civilericht verurteilte den Kriegsminister auf die Klage Picquarts, diesem alle ihn betreffenden Briefe und Dokumente auszuliefern. Die sich noch in den Prozeß- und Untersuchungsakten des Kriegsministeriums befinden.

In **Ubi** wurde am vergangenen Sonntag der Genosse Jean Jaurés als Kandidat für die nächsten Wahlen wieder aufgestellt.

Belgien.

Die Kirche hat einen guten Wagen. Eine enorme Ausbreitung haben die geistlichen Ordensgesellschaften und religiösen Kongregationen in Belgien in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gefunden. Während es im Jahre 1846 in Belgien 779 Klöster mit nahezu 12 000 tätigen Mitgliedern gab, zählte man 1900 nicht weniger als 2225 Klöster mit 37 700 Ordensangehörigen. Der Gesamtwert der den Klosterleuten gehörigen, von ihnen bewohnten oder vermieteten Gebäude beläuft sich auf ca. 730 Mill. Fr.; der Versicherungswert der inneren Einrichtung, der Kultusgeräte, des Mobiliars usw. beträgt 305 Millionen Frank, so daß das den katholischen Ordensgesellschaften gehörige Eigentum dieser Art eine Gesamtsumme von 1035 Millionen Frank repräsentiert. Hiermit ist aber der Besitz der geistlichen Orden noch keineswegs erschöpft. **Landgüter, Wälder, Weiden, Werkstätten, Geschäftshäuser, Hotels,** die von Mitterpersonen bewirtschaftet bzw. betrieben werden, sind Eigentum der Kongregationen, deren wirklicher Eigentumsbesitz daher den buchmäßig nachweisbaren Bestand noch sehr erheblich übersteigen dürfte.

Rußland.

Verstärkte Schnüffelrei nach politischer Kontersande. Auf sämtlichen russischen Konsulaten ist nach der „Kattow. Jg.“ eine Verordnung des Finanzministers v. Witte eingetroffen, wonach den russischen Konsulaten zur dringenden Pflicht gemacht wird, alle aus Deutschland eingehenden Sachen einer besonders gründlichen Untersuchung zu unterziehen. — Nach dem „Vof. Tgbl.“ ist diese Verfügung dadurch veranlaßt worden, daß in letzter Zeit die revolutionäre Arbeiterbewegung im Weichselgebiet sich stärker geregt hat. Die russischen Behörden nehmen an, daß die Fäden der Bewegung im Auslande zusammenlaufen.

Italien.

Die Verminderung der Analphabeten in Italien.

Rom, 31. Januar. (Sig. Ber.) Hand in Hand mit der ökonomischen und finanziellen Wiedergeburt, dem industriellen Wachstum und der Organisation der Arbeiter geht auch der Fortschritt der Volksbildung während der Zählungsperiode von 1891 bis zum 10. Februar 1901. 1891 betrug die Durchschnittsziffer der des Lesens Unkundigen 37,3 Proz. für die männliche und 50,9 Proz. für die weibliche Bevölkerung, die Provinz Palermo (Sicilien), aus der die Angaben noch fehlen, nicht eingeschlossen. 1901 betragen die entsprechenden Zahlen 21,9 resp. 31,7 Proz. Die Provinzen, die den geringsten Prozentsatz an Analphabeten aufweisen, sind Turin und Mailand mit 6,4 resp. 12 Proz. in Turin; 9,9 resp. 12,8 Proz. in Mailand. Alessandria, Belluno, Bergamo, Bologna, Brescia, Como, Cuneo, Florenz, Genua, Mantua, Novarra, Padua, Porto Maurizio, Rom, Sondrio, Venedig, Verona, Udine zählen weniger als 20 Proz.; die Provinzen, in denen die Volksbildung am meisten zu wünschen übrig läßt, sind diejenigen Süd-Italiens, Acoli, Benevento, Calanissetta, Catania usw. Calanissetta ist am meisten zurück mit 85,3 Proz. der männlichen und 71,8 Proz. der weiblichen Bevölkerung.

Der Prozeß gegen Pallizzolo, der bekanntlich angeklagt ist, die Ermordung des Vizekonsuls Notarbatolo von Palermo veranlaßt zu haben, geht in Bologna noch immer weiter. Man ist jetzt beim 67. Verhandlungstage angelangt. Wichtig waren die Aussagen des Polizeichefs von Palermo, des Herrn Sangiorgi, welche dieser Tage erfolgten. Er erklärte, daß die öffentliche Meinung den Pallizzolo vom ersten Tage an als den Urheber des Mordes bezeichnet habe. Pallizzolo sei eines solchen Verbrechens auch fähig und imstande gewesen, ihn zur Ausführung zu bringen, denn er sei von Deuten sehr zweifelhaften Rufes umgeben gewesen.

Amerika.

Imperialistische Pläne der Union. Aus Washington wird vom 4. Februar gemeldet: Die kolumbische Regierung hat sich geweigert, den Vereinigten Staaten die Bai von Almirante abzutreten. Staatssekretär Day hat den amerikanischen Botschafter beauftragt, die Unterhandlungen fortzusetzen, da diese Bai notwendig sei, falls der Panamakanal von den Vereinigten Staaten käuflich erworben werden sollte.

Parlamentarisches.

Die Brauntweinsteuer-Kommission

des Reichstags trat am Dienstagabend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Zusammenlegung der Kommission, die seit dem April vorigen Jahres besteht, hat sich sehr verändert. An Stelle des Abg. v. Kardorff (Sp.), der aus der Kommission ausgeschieden ist, führt Abg. Herold (C.) den Vorsitz. Von den Socialdemokraten gehören die Abg. Wurm, Fischer, Sachsen und Rosenow der Kommission an.

Es wurde beschlossen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und dann nach Bedürfnis ein oder zwei Lesungen abzuhalten. Bevor man aber zum eigentlichen Thema kam, entspann sich eine sehr lebhaft geführte Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Müller-Gulda (C.) weist auf eine Besprechung hin, die am 3. Dezember v. J. im Landwirtschaftsministerium über die Brauntweinsteuerfrage stattgefunden hat. Der Vortrag, den der Vertreter der Spiritus-Centrale, Herr v. Nuttlig, dort gehalten habe, müsse allen Mitgliedern der Kommission zugänglich gemacht werden.

Abg. Bachnick (fr. Vg.) findet die Situation eigenartig: einer Reichstags-Kommission müsse eine private Erleuchtung zugänglich gemacht werden.

Abg. Wurm (Soz.) betonte, daß eine öffentliche Angelegenheit nicht von einer privaten Interessensvertretung in geheimer Kommission verhandelt werden dürfe und verlangte Aufklärung über die Vorgänge.

Abg. Dr. Baasche (natl.) erwidert, der Landwirtschaftsminister v. Pöbdele habe auf seine Faust vier, fünf Abgeordnete, und zwar die Herren Sped, Dietrich, Baasche, Müller-Gulda, Camp und v. Komlerowski zu einer Besprechung eingeladen, an der sich ein Duzend Brauntweinbesitzer beteiligt hätten. Das sei durchaus Sache des Ministers.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) regte daraufhin an, Herr v. Pöbdele zu den Verhandlungen zuzuziehen.

Abg. v. Brochhausen (L.) hält die Teilnahme des Staatssekretärs v. Thielmann für erforderlich. Unterstaatssekretär v. Fischer entschuldigt das Fehlen des Ministers, der heute verhindert sei.

Von anderer Seite wird angeregt, auch den Vorsitz der Vertreter der ringfreien Brauereien, des Herrn v. Tiedemann, der Kommission zugänglich zu machen. Schließlich endet die Geschäftsordnungs-Debatte mit der Annahme eines Antrags des Abg. Dietrich (L.), den preussischen Landwirtschaftsminister zu ersuchen, der Verhandlungen der vom ihm einberufenen Konferenz der Kommission zugänglich zu machen.

In der Generaldiskussion warnt Unterstaatssekretär v. Fischer vor zu weitgehenden Anträgen, insbesondere vor dem Antrage Müller-Gulda, dessen Annahme das Zustandekommen eines neuen Brauntweinsteuer-Gesetzes gefährde.

Schweizer Geiger unterstützt diese Auffassung schon aus dem Willen, weil Bayern nach wie vor auf dem Standpunkte der Raifschottsteuer stehe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) beantragt, den Reichstanzler um eine Uebersicht sämtlicher Brauereien nach Betriebsart, Jahresproduktion und Kontingent zu ersuchen.

Abg. Wurm (Soz.) beantragt eine Uebersicht einzufordern über die im Reiche vorhandenen Genossenschaftsbrauereien nebst Angabe der Zahl der Genossen, ihrer Partikulare und ihres Anteils an der Produktion, resp. des von ihnen zu liefernden Materials und zwar getrennt nach den vor und den nach dem 1. April 1895 begründeten Genossenschaftsbrauereien.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Vg.) kritisiert die Leistungen des Spiritusdringes als eine lange Reihe von kläglichen Mißerfolgen. Große Bestände hätten sich aufgesammelt und große Preisstürze sich nicht vermeiden lassen.

Abg. Dr. Semler (natl.) bezeichnet als Ziel der Brauntweinsteuer-Belegung, überschüssigen Spiritus unbeschädigt für die Preisbildung zu machen. Redner begründet einen Antrag, durch den denjenigen Brauereien die Kartoffeln, Mais, Melasse oder Brauererabfälle verarbeitet, für den gewonnenen Brauntwein eine Brauntweinsteuer von 15 Pf. für jeden Hektoliter reinen Alkohols erhoben wird.

Der oben erwähnte von Unterstaatssekretär v. Fischer bekämpfte neue Antrag Müller-Gulda (C.) will die Raifschott- und Materialsteuer vom 1. Oktober 1902 wegfallen lassen. Dafür soll von demselben Tage ab für den Brauntwein, der der Verbrauchsabgabe unterliegt, ein Zuschlag zu dieser erhoben werden. Dieser Zuschlag beträgt 12 Pf. pro Liter Alkohol bei landwirtschaftlichen und 20 Pf. pro Liter bei gewerblichen und Materialbrauereien. Für diejenigen Brauereien, die in einem Betriebsjahr nicht mehr als 1000 Liter Alkohol erzeugen, wird dieser Zuschlag stoffeisenartig auf 16, 12, 8 und 4 Pf. ermäßigt.

Die heutigen Verhandlungen schlossen mit der Annahme der Anträge der Abg. Dr. Müller-Sagan und Wurm.

Nächste Sitzung Freitag.

Die **Budgetkommission** des Reichstags begann Dienstag ihre Sitzung erst um 12 Uhr, nachdem eine Lokalbesichtigung des Grundstücks für das Nationalamt vorangegangen war.

Abg. Bachem (C.) ist im Prinzip für den Erwerb des Grundstücks. Der Preis sei aber zu hoch.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) bekämpft die Forderung. Kolonialdirektor Stübel erklärt, schon vor zehn Jahren sei in der Hofstraße ein höherer Preis gezahlt worden.

Abg. Dr. Müller-Sagan bestritt, daß es sich in allen diesen Fällen um reelle Verkäufe gehandelt hat. Es seien Grundstücke ausgetauscht und Hypotheken in Zahlung gegeben worden.

Prinz Treuberg (C.) findet, die lokale Beschäftigung habe erwiesen, daß das Grundstück in Qualität und Quantität in jeder Hinsicht ausreichend sei.

Abg. Nebel erklärt, das Grundstück sei mit 1 1/2 Millionen Mark schon gut bezahlt.

Direktor im Reichsschatzamt Geheimrat Twest befragt den Ankauf damit, daß das Reich in der Wilhelmstraße noch weiter Fuß zu fassen suchen müsse, so lange dies noch möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (L.) beantragt, 2 000 000 M. zu bewilligen. Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage fallen gelassen und ein Antrag Bachem (C.) zu Grunde gelegt, der nur einen Einlösungspreis von 2 500 000 M. bewilligen will unter der Voraussetzung, daß der preussische Fiskus eine moralische Garantie übernehme, für die Zukunft den Korridoren des Grundstücks bestes Licht und bessere Luft zu erhalten. In dem ersten Teil dieses Antrages stellt Graf Roon (L.) das Amendement, statt „2 500 000“ — „2 800 000“ und Graf Stolberg (L.) „2 650 000 M.“ einzusetzen.

Das Amendement des Grafen Roon wird mit allen gegen acht nationalliberale und konservative Stimmen, das Amendement Graf Stolberg mit 14 gegen 11 Stimmen der Konserverativen, National-

liberalen und des Centrums abgelehnt. Der Antrag Wachen wird mit allen gegen sieben Stimmen der Socialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr (einmalige Ausgaben des Militär-Etats).

Der Boeren-Krieg.

Indirekte Antwort auf die Friedensintervention.
Der englische Kriegsminister ordnete die Einberufung neuer Milizen zum aktiven Dienst an, was als Zeichen dafür angesehen wird, daß die Regierung entschlossen ist, den südafrikanischen Krieg bis zur völligen Unterwerfung der Boeren fortzuführen.

Vom Kriegsschauplatz.

Ein Telegramm aus Tzartastab meldet, daß die Boerenkommandanten Veder und Wessels am 20. Januar bei Maarsfontein von den Engländern überrascht wurden. Drei Boeren, darunter ein Kommandant, wurden getötet und 81 Pferde erbeutet. Auf englischer Seite waren keine Verluste zu verzeichnen.

Eine Depesche des Generals Kitchener aus Pretoria vom 8. Februar meldet: Seit dem 27. Januar wurden 29 Boeren getötet, sechs verwundet, 142 gefangen genommen; 48 ergaben sich.

In der Kapkolonie befindet sich ein kleines Boerenkommando in Camboesberg, ein andres, unter Louis Wessels, hat im Distrikt von Cradock am 1. Februar einen Probiertanz angehalten und teilweise in Brand gesetzt.

Die am Montag veröffentlichte amtliche Verlustliste meldet, daß bei einem am 31. Januar bei Durghersdorp erfolgten Zusammenstoß von Panzerzügen fünf Soldaten getötet und fünf verwundet worden sind.

Jagd auf De Wet.

Der Specialberichterstatler der „Daily News“ meldet aus Ladysmith: 23 englische Kolonnen nehmen jetzt an den Operationen gegen De Wet teil, und es scheint mehr als jemals berechtigt zu sein, zu versichern, daß die Gefangenahme oder Vernichtung seiner Truppe nur eine Frage der Zeit ist. Die Blockade zwischen Heilbron und Verbelem wird bald fertiggestellt sein und ihn auf ein enges Gebiet beschränken, in dem er, wenn es ihm nicht gelingt, wie aus der Kapkolonie, zu entweichen, Tag und Nacht keine Ruhe haben wird. Man glaubt hier immer noch, daß nach der Gefangennahme von De Wet und Steyn die andern Führer sich ergeben werden. 5000 frische berittene Truppen werden demnächst eintreffen, und aus Indien erwartet man eine ganze Schar von Kommandeuren. Alles deutet darauf hin, daß man einen mächtigen Versuch machen wird, den Widerstand des Feindes während der Monate März und April zu brechen. Andererseits sind die noch im Felde stehenden Boeren überraschend zahlreich und ausgerüstet. Sie haben in der letzten Zeit Reize zur Offensive gezeigt. Man argwöhnt, daß sie durch Kap-Beleeren verstärkt worden sind.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatskämpfe. Mit welchen Mitteln die Syndikatsbestrebt sind, ihre Herrschaft zu befestigen, darüber giebt das Verhalten des Drahtzuckerfabrikanten wieder einen interessanten Aufschluß. Zunächst wurde auf Anregung dieses Konföderations in Gemeinschaft mit dem Walzdrahtverband den außerhalb des Syndikats stehenden Drahtzuckerfabrikanten der Bezug des Walzdrahtes abgeschnitten. Die Folge dieser Taktik war, daß sämtliche Fabriken bis auf eine, in Nürnberg, der Syndikatshegemonie des Drahtzuckerverbandes unterworfen wurden. Nun wird der Kampf gegen diese Firma in anderer Weise fortgesetzt, denn es war der Nürnberger Firma gelungen, trotz der Materialsperrung genügend Draht zu bekommen, so daß der Betrieb ungehindert aufrecht erhalten werden konnte. Das Syndikat greift jetzt zu dem beliebigen Mittel der Preisunterbietung. In dem Zweck wurde von dem Syndikat verfügt, daß der Grundpreis für 100 Kilo Stifte in Nürnberg auf 14 Mark festgesetzt wird und von dort aus die weitere Preisberechnung so geschieht, daß auf je 25 bis 30 Kilometer Entfernung der Preis 25 Pf. höher gestellt wird. Da Walzdraht unter 12,50 M. ab Hälfte nicht zu haben ist, so kann die Nürnberger Fabrik zu diesem Preise unmöglich fabricieren, sie wird sich mithin gleichfalls der Syndikatsdiktatur unterwerfen müssen. Um nun aber ihre eignen Mitglieder in diesem Bezirk nicht zu schädigen, beschloß das Syndikat, diesen eine entsprechende Entschädigung zu zahlen.

Es ist lehrreich, daß dieselben Leute, die hier die Gewaltthat mit aller Rücksichtslosigkeit anwenden, sich nicht genug entrüsten können, wenn Arbeiter es ablehnen, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die ihnen die schwersten Schädigungen in wirtschaftlichen Kämpfe zufügen. Und wie ungleich ist dabei das Gegenüberstellen der Bestrebungen beider, der Arbeiter und der Unternehmerklasse. Für die Arbeiterklasse handelt es sich um den Schutz einer sehr dürftigen Existenz, eines minimalen Einkommens der Arbeiter, während die großen wirtschaftlichen Interessengruppen der Unternehmer um Gewinne streiten, die in die Millionen gehen. Hier die Engherzigkeit, die vorhandenen Reichthümer zu vermehren, dort das emsige Bemühen, um das zum Leben Nothdürftige zu erhalten. Allerdings im Betriebe des Klassenkampfes ist es ganz erklärlich, daß der herrschenden Klasse erlaubt ist, was der unterdrückten als Verbrechen angerechnet wird.

Die **Rizdorfer Gewerbetreibenden** haben in einer am Montagabend im dortigen Rathhaus stattgefundenen Versammlung sich fast einstimmig für den Anschluß an die Berliner Handelskammer ausgesprochen. Im gleichen Sinne erklärten sich die Interessenten in Charlottenburg und Schöneberg.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Januar 1902:

ungelehrte Arbeiter	Maler	Schloffer	Klempner	Tapezierer	Weißbrot	Insgesamt
Eingeschriebene, arbeitsuchende Pers.	1912	335	267	86	87	2978
Von Arbeitgebern vermittelte Arbeitskräfte	908	58	60	17	43	281
In Arbeit gebrachte Personen	908	48	52	12	37	188

Deutsches Reich.

Auf der **Germanlawerft** in Kiel sind kürzlich 15 Maler entlassen; jetzt ist eine weitere Massenentlassung von 35 Arbeitern desselben Berufs erfolgt. Die Entlassungen betreffen durchweg Angehörige der höheren Lohnklassen, während die später eingestellten, den niedrigeren Lohnklassen angehörenden Maler bleiben dürfen. — Sollten durch Insuperate und Agenten Maler nach Kiel gesucht werden, dann wissen diese jetzt, um was es sich handelt.

Die **Forderungen der Textilarbeiter in Remmüster** (Schleswig-Holstein) sind nunmehr vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsraths der Fabrikanten aufgestellt worden. Ueber die Stimmung in Fabrikantenkreisen verläuft bisher nichts; im Publikum glaubt man, daß es zu einer Verständigung kommen wird.

Wegen großer Lohnabzüge in den Werkstätten der Firma **Blanke u. Co.** in Wertheburg sind diese für Metallarbeiter gesperrt. Die Lohnabzüge betreffen hauptsächlich Schmiede und Gelbhäcker.

Der Postapazierer Knüppelholz in Magdeburg entlich plötzlich wegen „Arbeitsmangel“ den Vertrauensmann und den Kassierer

sowie ein drittes Mitglied des Tapezierer-Verbandes. Die Kollegen der betreffenden verlangten ihre Wiedereinstellung, indem sie sich gleichzeitig mit einer Arbeitszeitverkürzung einverstanden erklärten. Daß Herr Knüppelholz die Wiedereinstellung der Entlassenen trotz dieses Entgegenkommens ablehnte, charakterisirt die Entlassung als eine Maßregelung. — Zugzug von Tapezierern nach Magdeburg ist fernzuhalten.

Ringender Dank. Die bei dem Streik der Tabakarbeiter in Nordhausen interessierten Tabakfabrikanten haben der Polizeiverwaltung vor einiger Zeit mehrere hundert Mark mit der Bestimmung zugehen lassen, daß das Geld an die Polizisten als Anerkennung für während des Streiks geleistete Dienste verteilt werde. — Leider werden die pflichterfüllten Beamten vernünftig um diesen Dank kommen. Der § 331 des Strafgesetzbuches verbietet den Beamten die Annahme von Geschenken für in ihr Amt einschlagende an sich nicht pflichtwidrige Handlungen; die Polizeiverwaltung wird deswegen wohl das Geschenk der Herren Fabrikanten zurückweisen.

Ueber das angebliche Verlangen der Iserlohner neutralen Gewerkschaftskommission, daß der zu wählende Arbeitersekretär politisch nicht thätig sein dürfe, schreibt uns Genosse Wallmer aus Bad Kissingen, an den dies Verlangen gelegentlich seiner Kandidatur für den Posten nach dem von uns übernommenen Bericht der „Rheinisch-westfälischen Arbeiter-Zeitung“ gestellt worden sein soll, folgendes: „Mir ist davon nichts bekannt, auch hätte ich es entschieden abgelehnt, ein derartiges Versprechen zu geben, wenn es gefordert worden wäre. Zur Sicherung der Wahrheit möge noch folgendes dienen: Als noch der ersten Notiz im „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Arbeiter-Organisation oder „Dezorganisation“, ich mir über den Charakter der dortigen Bewegung Aufklärung erbat, wobei ich gerade auf meine seit- fortzujehende politische Thätigkeit, die ich dort fortzuführen beabsichtige, das Hauptgewicht legte, schrieb Grünrod mit Bezug hierauf unter dem 28. Dezember 1901: „Um Ihre Versicherungen wegen der Offenbarung parteipolitischen Gesinnung zu zerstreuen, brauche ich wohl nur noch auf den abgehenden Beamten hinzuweisen, ... er trat sogar direkt als Redner und Agitator zu Parteizwecken hervor und fand dabei keinerlei Beeinträchtigung.“ — Demnach hat der Genosse Feyer in Länderscheid der Iserlohner Gewerkschaftskommission in dieser Beziehung allerdings Unrecht gethan. Unser sonstiges Urtheil über die Eigenbrödelerei der Altena-Iserlohner Gewerkschaften wird dadurch allerdings nicht beeinflusst.

Die Ansperrung der Zimmerer in Goldberg (Mecklenburg) dauert fort. Der Bürgermeister Simonis hat den Versuch gemacht, zwischen beiden Parteien eine Vermittelung herbeizuführen, bis jetzt ohne Erfolg.

Zum Streik der Textilarbeiter im sächsischen Vogtlande wird aus Reichenbach gemeldet, daß der Streik bei der Firma Ködel u. Thieme zu Gunsten der Arbeiter entschieden ist. An demselben Tage gelang es auch, die Kammgarn-Weberei von Müller u. Baumann nach mehrwöchigem Kampfe niederzuzwingen. — In Reichenbach bewilligten die Firmen Weher und Zimmermann, Popy u. Sohn legten auf einige Artikel zu, bei Kehler, Unger und Sonntag u. Löcher schwebt die Sache noch. — In Elsterberg streiken sämtliche Arbeiter von Obernitz u. Comp.

Ausland.

Die Verwaltung des „Ostreichischen Lloyd“ bewilligte teilweise die Forderungen der ausländischen Zeiger, sie lehnte jedoch die verlangte Herabsetzung der Arbeitszeit im Hofen um 1/2 Stunden ab. Eine Verlehrsstörung ist bis jetzt nicht eingetreten.

Versammlungen.

Von den Militärschneidern wird eine Bewegung für die Einführung einheitlicher Tarife geplant. Es haben dieselben bereits überaus Bestrebungen stattgefunden, über deren Resultat am Montag in einer öffentlichen Versammlung der Militärschneider berichtet wurde. Vom Referenten Kitter wurde auf die Nothwendigkeit einheitlicher Tarife hingewiesen und mitgeteilt, daß die Lohnverhältnisse in der ganzen Branche recht unangenehm sind und oftmals für ein und dieselben Arbeiten ganz verschiedene Preise bezahlt werden. Die Löhne sind teilweise sogar niedriger als in der Provinz, wo verschiedene Berliner Firmen gleichartige Betriebe eingerichtet haben. Unter diesen Verhältnissen, die in der Hauptlage auf die bisher ungenügende Organisation und darauf zurückzuführen sind, daß die Militärschneider, zumest Hausgewerbetreibende bezw. Heimarbeiter, keine Fühlung unter sich hatten, haben die Berufsangehörigen in der Provinz erheblich zu leiden. Von den Arbeitern dieser Branche in Kassel, Koford, Posen und anderen Städten wurde über die Zustände in den Berliner Geschäften schon lebhaft Klage geführt. In der letzten Zeit ist in Bezug auf die Organisation eine erfreuliche Besserung eingetreten und auch die Arbeiter der größten Firmen haben sich für eine Bewegung ausgesprochen. In der sehr regen Diskussion, an der sich auch A. Lätzerow beteiligte, wurden außer den Lohnverhältnissen auch noch mehrere andre Uebelstände kritisiert und von allen Rednern ein einheitliches Vorgehen befristet. Mehrere Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß bei einer allgemeinen Bewegung die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nicht so sehr gegenübersehen werden, weil sie ganz zu in der Lage sind, eine Erhöhung der Preise von ihren Kunden zu fordern. Folgende Resolution wurde einstimmig beschloffen: Die am Montag, den 3. Februar tagende Militärschneider-Versammlung erklärt in Anlehnung der früheren Beschlüsse betreffend die Einführung einheitlicher Tarife, daß die zuständige Organisation, der Verband der Schneider, beauftragt wird, die notwendigen Vorarbeiten in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu treffen, sowie auch die Zeit festzusetzen, die zu einer Durchführung der Forderungen geeignet ist. Die Kollegen verpflichten sich, in ihren Kreisen für die Organisation zur Erreichung des gesteckten Zieles unermüdtlich thätig zu sein.

Die Töpferträger Berlins und der Umgegend hielten am Montag eine zahlreich besuchte Versammlung der Bauer in der Rosenthalerstraße ab, um über ihre Organisationsfrage zu beraten. In einem mit Beifall aufgenommenen Referat von Deutler über die wirtschaftliche Lage und über den Nutzen der Organisation wurden die kranken Missethäter, die in dem Verfall der bisher unorganisierten Töpferträger herrschen und die nur durch eine starke Organisation beseitigt werden können. Nach reifer Diskussion, an der sich auch die Vertreter der Töpferorganisation, sowie der centralen und lokalen Banarbeiter-Organisation beteiligten, sprach sich die Versammlung mit allen gegen 2 Stimmen für den Anschluß an den Centralverband der Bau- und Erdarbeiter Deutschlands aus. Darauf wurde über verschiedene Punkte des aufzustellenden Statutens verhandelt und eine 7gliedrige Kommission gewählt, die sich mit der Ausarbeitung des Statuts befassen soll und aus folgenden Personen besteht: Deutler, Zeige, Müller, Daur, Starf, Louide, Scheel. — Innerhalb 14 Tagen soll wiederum eine Versammlung stattfinden und der Tarifentwurf der Kommission zur Diskussion gestellt werden. Sowohl Reumann, der Vertreter der Töpfer, als auch Heidemann, der Vertreter des Banarbeiter-Verbandes, gaben den Töpferträgern das Versprechen, ihre Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage in jeder Weise zu fördern. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Versammelten auf, ihr Interesse für die Organisation wach zu erhalten und auch in der nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Die Kürschner hielten am Montag eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab. Der Vertrauensmann Schreitmüller gab den Jahresbericht. Das vergangene Jahr habe sehr viel Arbeit und ungewöhnliche große Ausgaben verursacht infolge des Streiks bei der Firma Hoffmann. Eingekommen sind im Jahre 1901 971,50 M., ausgegeben 1294,09 M., wovon 1084,05 M. als Streikunterstützung für die eignen sowie für andre Gewerkschaften ausgegeben worden sind. Das vergangene Jahr

schließt mit einem Deficit von 322,59 Mark ab. Da aber vom vorhergehenden Jahre ein Bestand von 1337,37 M. vorhanden war, so beträgt der gegenwärtige Bestand 1014,78 M. — Es wurden sieben öffentliche Versammlungen und verschiedene Marktsitzungen abgehalten. — Schreitmüller wurde entlassen und als Vertrauensmann wiedergewählt. — Hierauf erstattete Moldenhauer seinen Bericht als Delegierter im Gewerkschafts-Larrel. An seiner Stelle wurde Walle gewählt. In Revision wurden Hauch, Grandel und Jäger bestimmt. — Die Versammlung trat nun in eine Besprechung über den geplanten internationalen Kürschnerkongress ein, wozu verschiedene Fragen des internationalen Vertrauensmannes vorlagen. Dieselben wurden dahin beantwortet, daß die Berliner Kürschner die Abhaltung eines internationalen Kongresses in diesem Jahre wünschen, und zwar halten sie Pfingsten für die passendste Zeit und Hamburg für den geeignetsten Ort.

Eine öffentliche Bäcker-Versammlung tagte am 28. Januar in Kellers Festhallen. Der Reichstags-Abgeordnete Förster-Reuch referierte über „Die wirtschaftliche Krise und deren Schäden für die Bäckergehilfen“. Mit einem warmen Appell an das Solidaritätsgefühl der Anwesenden schloß der Referent seine vortrefflichen Ausführungen. In der Diskussion sprachen Barth und Heygold im Sinne des Referenten und forderten zu zahlreichem Anschluß an den Deutschen Bäcker-Verband auf. Nachdem noch zwei andre Kollegen auf die Missethäter in den Bäckereien und auf die Mangelhaftigkeit der polizeilichen Kontrollen hingewiesen hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der die Anwesenden sich verpflichteten, den gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten und die Arbeiterpresse zu lesen und zu unterstützen. Mit einem begeisterten angenommenen Hoch auf den deutschen Bäckerverband und auf das Gedeihen der Mitgliedschaft Berlin schloß der Vorsitzende die von einem guten Geiste besetzte Versammlung.

Die Töpfer der centralen Richtung hielten am Mittwoch, den 29. Januar, in den Andreas-Festhallen eine Generalversammlung ab, in welcher zunächst John die Abrechnung vom 4. Quartal gab. Danach betrug die Gesamteinnahme 4344,17 M., die Gesamtausgabe 2827,02 M., der Vermögensbestand am Schluß des vierten Quartals 16310,20 M. Der Bericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Aus der Wahl zum Vorstand gingen hervor: Albert Reumann als erster Vorsitzender, Otto Krohnfeld als zweiter Vorsitzender, Herm. John als erster, Paul Kalbe als zweiter Kassierer, Wilh. Kundi als Schriftführer, Sorg und Pittner als Beisitzer, Alb. Reink als Revisor. Unter gewerkschaftliches wurde die Firma Schöffel diskurtiert und folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erwartet von den anwesenden, bei Schöffel beschäftigten Kollegen, daß dieselben sich mit der großen Masse der Berliner Töpfer solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen. Die Versammlung erklärt die sich in den nächsten Tagen meldenden als organisiert und betrachtet sie als gleichberechtigt mit allen Töpfern Berlins. In Erwägung, daß bei der Firma Schöffel viele Kollegen arbeiten, die aus der Provinz herangezogen sind, ist den Kollegen, die abreisen wollen, eine Fahrkarte zu lösen, wenn ihre Mittel ihnen dies nicht gestatten.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Mißerfolg der holländischen Intervention.

Haag, 4. Februar. Die Mitteilung der niederländischen Regierung an England betont zunächst die außergewöhnliche Lage, in der sich die Boeren befinden. Sie seien von der Welt abgeschnitten, ihre Delegierten in Europa hätten keine Möglichkeit, mit den Boerengeneraten in Verbindung zu treten. Die Verhandlungsfrage, welche vom März 1900 datieren, seien zu eng gefaßt. So ergebe sich die Frage, ob ein neutraler Staat nicht mit Erfolg seine guten Dienste anbieten könnte, indem er sich darauf beschränke, Vertrauenspersonen beider Parteien in Verbindung miteinander zu bringen. Die niederländische Regierung erscheine dazu außersehen, einen solchen Dienst den Vorendelegierten, welche sich in Holland aufhalten, zu erweisen; sie könnte denselben den Vorschlag machen, sich nach Südafrika zu begeben, mit den dortigen Boerensführern sich in Einvernehmen zu setzen und mit weitgehenden Vollmachten, auf Grund deren der Abschluß von Friedensverhandlungen möglich sei, wieder zurückzukehren. Wenn dieselben damit einverstanden seien, so müsse ihnen freies Geleit gewährt und die Möglichkeit geboten werden, sich mittels eines Chiffreschlüssels mit den Boerensführern in Südafrika telegraphisch in Verbindung zu setzen, um den Ort einer Zusammenkunft mit denselben zu vereinbaren.

Die Antwort der englischen Regierung an die niederländische zollt den menschenfreundlichen Beweggründen des niederländischen Auerbieten, welches ohne Ermächtigung der Delegierten der Boeren und der Boerensführer gemacht sei, Anerkennung, hält jedoch den Entschluß anrecht, keine Intervention einer fremden Macht anzunehmen. Die Vorendelegierten könnten, wenn sie wollten, sich freies Geleit erbitten, die englische Regierung werde ihre Entscheidung darüber je nach Inhalt und Begründung des Besuchs treffen. Sie sehe nicht, daß die Delegierten noch irgend einen Einfluß auf die Vertreter der Boeren in Afrika haben, sie meine, daß alle Regierungsgewalten sich in den Händen Steijns und Schalkburgers befinden. Dann sei aber das schnellste und wirksamste Mittel, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, sich in direkten Verkehr mit den Führern der Boeren in Afrika und mit Kitchener zu setzen, welcher schon Befehl erhalten habe, jeden Vorschlag, der ihm gemacht werde, sofort nach London zu berichten. Wenn die Boerensführer unterhandeln wollen, um dem Kriege ein Ende zu machen, so habe die Regierung dahin entschieden, daß die Verhandlungen in Afrika stattfinden müßten, nicht in Europa. Die vorgeschlagene Reise der Delegierten würde mindestens drei Monate dauern, während welcher Zeit die Feindseligkeiten unnötig verlängert werden würden.

Köln a. Rh., 4. Februar. (W. S.) Nach einer Depesche der „Köln. Zig.“ aus Wien wurde der Reichsrat Hans Krug wegen Diebstahls im Ordinationszimmer eines Zahnarztes zu zweimonatlichem schweren Kerker und Abverlust verurteilt.

Wien, 4. Februar. (W. S.) Abgeordnetenhaus. Nach der Begründung der zwei auf die Krüger-Katastrophe bezüglichen Anträge durch die Abgeordneten Kathon und Niegler erklärt der Kaiserminister Freiber u. Giovanilli. Sofort nach der höchst beklagenswerten Katastrophe im Jupitersticht seien dergebrüchliche und strafgerichtliche Erhebungen eingeleitet worden, welche jedoch infolge der Unmöglichkeit der Befahrung des Jupiterstichtes noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Die Regierung werde mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Erhebungen genau gepflogen werden, und sollte sich ergeben, daß irgend jemand ein Verschulden trifft, so werde gegen denselben mit aller Strenge vorgegangen werden.

Budapest, 4. Februar. (W. S.) In dem der Saljo-Tarjaner Bergbau-Gesellschaft gehörenden Deal-Schachte erfolgte eine Kohlenraub-Explosion, wodurch sechs Bergleute getödtet und vier verwundet wurden.

Odesa, 4. Februar. (W. S.) In der Nähe von Tiraspol entgleiste ein Güterzug, 22 Wagen wurden zertrümmert, ein Conducent getödtet und vier Bahndienstleute verwundet. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

New York, 4. Februar. (W. S.) Die „Ref. Zig.“ meldet: Der durch die Feuerbrunst in Waterbury verursachte Schaden wird auf etwa 2 Millionen Dollars geschätzt. — Das Revenue-Komitee befürwortet die Abschaffung der meisten Kriegssteuern.

Reichstag.

134. Sitzung vom Dienstag, 4. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Die Verhandlung beginnt mit dem aus der Kommission zurückgekommenen Tit. 1 des Kapitels „Statistisches Amt“ (Berichtserstatter Abg. v. Tiedemann). Infolge der Errichtung der neuen arbeitsstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes werden 12 100 M. mehr gefordert.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Bg.):

Die Freunde der Sozialpolitik stehen der neuen Einrichtung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Die hatten mehr erwartet, wir verlangten ein neues Arbeitsamt, während es sich hier nur um eine neue Abteilung eines schon bestehenden Amtes handelt. Festgelegt ist auch nicht die Kompetenz dieser neuen Abteilung. Trotzdem begrüßen wir sie als Fortschritt, weil in ihr ein Organ geschaffen ist, das sich ausschließlich mit der Arbeiterstatistik beschäftigen soll. Sehr wünschenswert wäre nun die Fühlung zwischen Bureaukratie und Praxis herzustellen, die Schaffung eines Beirats, der zu einem Drittel aus Arbeitgebern, zu einem Drittel aus Arbeitnehmern und schließlich aus neutralen Sachverständigen bestehen müßte. Ebenso erwarten wir, daß regelmäßige Berichte über die Ermittlungen der Abteilung herausgegeben werden nach dem Muster der anerkannt vorzüglichen englischen Berichte. Die Berichte müssen monatlich herausgegeben und in allgemein verständlicher Sprache gehalten sein. Schließlich muß die Abteilung das Recht haben, selbständig Untersuchungen vorzunehmen über bestimmte Gewerbegebiete und auch Vorschläge von Gesetzen vorzuschlagen. Der Herr Staatssekretär hat dies ja in der Kommission ausgesagt, ich betone es nur nochmals, da von der Seite des Centralverbandes der Industriellen gerade an die Eingliederung dieser früheren Aufgaben der Kommission für Arbeiterstatistik in den bürokratischen Organismus des Statistischen Amtes die Erwartung geknüpft wurde, daß diese neue Abteilung sich lediglich auf die Zusammenfassung des statistischen Materials beschränken würde. Wir erwarten, wie gesagt, daß dies nicht der Fall sein wird. (Bravo! links.)

Abg. Webel (Soc.):

Dem Vorschlag, eine neue Abteilung des Statistischen Amtes für die Arbeiterstatistik zu schaffen, wurde von uns zunächst mit Mißtrauen begegnet. Dieses Mißtrauen war hervorgerufen durch Behauptungen der konservativen Presse, die es so darstellte, als handele es sich darum, die Arbeiten der früheren Kommission für Arbeiterstatistik wesentlich einzuschränken. Es wurde gesagt, diese habe ihre Befugnisse gewissermaßen überschritten. Sie hätte keine andre Aufgabe gehabt, als statistische Erhebungen zu machen und ihre Resultate den verbündeten Regierungen vorzulegen, die Konventionen aus den Resultaten aber den Regierungen zu überlassen. Nun hat aber bekanntlich die Kommission ihre Befugnisse weiter ausgedehnt. Sie hat die Resultate in eigenen Berichten veröffentlicht und schließlich nach eigenem Ermessen an die Regierungen Vorschläge gemacht, wie dem festgestellten Uebelstande abzuhelfen sei. Graf Posadowsky hat ja nun bei den Verhandlungen in der Kommission betont, daß den verbündeten Regierungen in keiner Weise der Gedanke beigemessen sei, die Funktionen der Kommission zu beschränken. Er sagt, es sollten auch Vertreter der Arbeiterorganisationen zugezogen werden. Wir sind freilich der Ansicht, daß es unbedingt notwendig wäre, einen festen Beirat aus einer bestimmten Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kommission hinzuzufügen. Sehr wünschenswert wäre die Zugabe einer bestimmten Anzahl von Gewerbetreibenden durch die Kommission. Daß die neue Abteilung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen bedeutet, wird auch von uns anerkannt, denn so, wie in der letzten Zeit die Kommission für Arbeiterstatistik gearbeitet oder vielmehr nicht gearbeitet hat, ging es nicht mehr weiter. Die Hauptschuld lag ja am Vorgesetzten, der die Stellung nur im Nebenamt verwaltete und auch nicht von jenem sozialreformatorischen Geiste befeuert war, der für eine solche Aufgabe nötig war. Die jetzige Kommission wird, wie wir voraussetzen, von Herren besetzt sein, die mehr soziales Verständnis haben. Die Abteilung wird hoffentlich mit ihren Arbeiten auch über den bisherigen Plan hinausgehen und wird sich mit der Statistik der Arbeiterstände, der Lohnstatistik beschäftigen. Alle diese Arbeiten sollen von ihr in die Hand genommen und geleitet werden. Wir sehen in dieser Kommission ein Uebergangsstadium, das weitere Ziel muß die Gründung eines Reichs-Arbeitsamtes sein. Die Tatsache, daß wir jetzt bald 14 Tage über den Etat des Reichsamts des Innern beraten, beweist, daß diesem Amt mit der Zeit so verschiedenartige Aufgaben zugefallen sind, daß unmöglich ein einzelner Beamter alle diese Aufgaben erfüllen und die Verantwortung dafür übernehmen kann. Das ist eine Aufgabe, die weit über menschliche Kräfte hinausgeht, und da notwendig das Gebiet der Sozialreform immer größer wird, so ist es nötig, daß sich ein Mann ausschließlich diesem Gebiete widmet. Daher scheint es dringend notwendig, daß eine besondere Behörde für diesen Zweck eingesetzt wird. Ich kann nur nochmals erklären, daß wir diese Neuorganisation als weiteren Fortschritt zu diesem Ziele begrüßen. (Beifall bei den Soc.)

Abg. Dr. Haffe (natl.) wünscht obligatorische Wertdeklaration bei der Warenstatistik. Die Werte, mit denen man operieren muß, werden meist auf dem Wege der Schätzung gewonnen. Diese hat aber große Schwächen, sie sind schwankend und ungenau. Man hat nun schon im kaiserl. statistischen Amt erwogen, ob man nicht Deklarationen einführen soll; von den sieben Sachverständigengruppen haben sich jedoch vier dagegen ausgesprochen. Für neue Erwägungen wäre jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt. Ich glaube, man wird zu Deklarationszwang kommen müssen, der auch schon in Nordamerika, England, der Schweiz und den Hansestädten eingeführt ist, will man aber bei dem bisherigen Verfahren bleiben, so muß man den Sachverständigen mehr Zeit für ihre Arbeit lassen. Auch wäre zu wünschen, daß man im kaiserl. statistischen Amt nicht bloß Juristen, sondern auch Nationalökonomien ausstellt. Man wird auch für die Verwaltung das Monopol der Juristen durchbrechen müssen.

Abg. Dr. Spahn (C.) auf der Tribüne sehr schwer verständlich) äußert Bedenken gegen einen ständigen Beirat. Nützlicher wäre es, von Fall zu Fall Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich halte es nicht für praktisch, wenn man einen ständigen Beirat zu dieser Kommission herbeizieht. Bei der ungeheuren Ausdehnung unseres Erwerbslebens kann man nur in einem kleinen Gebiete genaue Kenntnis haben, es wäre daher viel praktischer ad hoc jedesmal eine Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuziehen. Selbstverständlich soll diese Abteilung keineswegs deterioris conditionis sein. Sie soll vielmehr dieselben Rechte haben, wie die Kommission für Arbeiterstatistik. Sie wird das Recht haben, auf allen Gebieten der Arbeiterstatistik ihre Arbeiten auszuüben. Sie wird Vorschläge zu stellen haben an den Staatssekretär des Innern als Vertreter des Reichslandtags und nach Uebereinkommen mit den verbündeten Regierungen wird sie auch direkt im Auftrag derselben mit den sämtlichen Landesbehörden zu verkehren haben. Daß sie auch eine Zeitschrift herausgibt, die in teils wissenschaftlicher, teils populärer Form die Resultate ihrer Erhebungen mitteilt, ist selbstverständlich, denn sie macht ihre Arbeiten nicht für sich und den Reichstag, sondern sie soll eine Grundlage liefern für die Bearbeitung wirtschaftspolitischer Fragen.

Das die Hinzuziehung von Nationalökonomien betrifft, so mache ich darauf aufmerksam, daß bereits mehrere Nationalökonomien dem Statistischen Amt angehören. Ich lehne es keineswegs ab, auch mal einen Mann hinzuzuzubringen, der lediglich Nationalökonom ist, aber ein Nationalökonom wird dann am meisten leisten, wenn er entweder auf juristisches Studium oder auf Erfahrung, die er im früheren praktischen Leben gemacht hat, sich stützt. Was die Frage betrifft, bei welchen Gelegenheiten Arbeiter oder Arbeitgeber hinzugezogen werden können, so wird jetzt eine Dienstausweisung ausgearbeitet, die wohl eine Bestimmung enthalten wird, daß, wenn eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der Kommission die Hinzuziehung beantragt, dies zu erfolgen hat. (Bravo!)

Direktor im Reichsamt des Innern Wernuth: Wegen einer obligatorische Wertdeklaration bei der Warenstatistik, die Herr Dr. Haffe wünscht, haben sich 59 Handelskammern ausgesprochen, dafür 41. Die Frage ist also noch nicht geklärt und es finden umfangreiche Erhebungen in dieser Beziehung statt.

Abg. Stadthagen (Soc.): Ich wollte nur anregen, ob nicht eine Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen aufgestellt werden könnte. Ich weiß wohl, daß die Kosten große sein werden, aber es liegt auf der Hand, daß die Arbeit dringender und notwendig für jede hygienische Maßnahme ist. Für die Kontrolle der Krankenversicherung wäre sie eine wichtige Unterlage, da dann nach Höhegrade der Gefährlichkeit der Berufe die Arbeitgeber stärker zu der Versicherung herangezogen werden könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir haben uns bereits mit einer solchen Statistik beschäftigt, aber ohne Resultat, weil die Kosten thatsächlich zu groß sind. Wir werden aber die Frage weiter verfolgen.

Tamit schließt die Diskussion.

Der Tit. 1 des Kapitels Statistisches Amt wird bewilligt. Es folgt das Kapitel Patentamt.

Abg. Gamp (Rp.): Die Beschwerden einzelner Industrien, besonders der chemischen über mangelnden Patentschutz haben uns ja schon mehrfach beschäftigt. Besonders die Patentgesetzgebung der Schweiz ist eines Kulturstaates nicht würdig. Diese Haltung der Schweiz müßte uns zu Gegenmaßnahmen veranlassen. Einem Handelsvertrag mit der Schweiz würden jedenfalls große Schwierigkeiten im Reichstag begegnen, wenn nicht vorher jene Beschwerden beseitigt sind.

Abg. Dr. Baasche (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Die großen chemischen Fabriken an der deutschen Grenze auf Schweizer Gebiet pflanzern die deutsche chemische Industrie durch illopolen Wettbewerb geradezu aus. Seit acht Jahren gehen diese Klagen. Wertvolle chemische Erfindungen der deutschen Industrie werden in illopoler Weise dort ausgebeutet. Die Zustände werden immer schlimmer; es ist ein Skandal, daß die an der Grenze etablierten Fabriken die unter deutschem Patentschutz stehenden chemischen Waren einfach nachahmen. Alle anständigen Elemente in der Schweiz werden in diesem Punkte auf deutscher Seite stehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Uebelstände, die das schweizerische Patentgesetz für unsere chemische Industrie mit sich bringt, sind allerdings sehr groß. Für Erfindungen, die nicht durch Modelle dargestellt werden, erteilt die Schweiz überhaupt kein Patent. Diese Bestimmung gilt auch für die Zuländer. Dies Verhältnis ist für unsere chemische Industrie außerordentlich schädigend. Durch deutsche Patente geschützte Farbstoffe, künstliche Nächstoffe und pharmaceutische Stoffe werden in schweizerischen Fabriken nachgemacht. Die deutsche Industrie, die um den Preis ihrer kostspieligen Studien geracht wird, ist unbillig sehr ungeduldet und bitter die deutsche Regierung beständig um Abhilfe. Die Regierung hat sich auch an den schweizer Bundesrat gewendet. Es ist ihr aber erwidert worden, die Ergänzung des schweizer Patentgesetzes geböre nicht zur Kompetenz des Bundesrates, sondern kann nur durch ein Referendum bewirkt werden. Wie die Schweiz diese gesetzestechischen Schwierigkeiten überwindet, ist nicht unsere Sache. Wenn wir aber an einen neuen Handelsvertrag mit der Schweiz gehen, dann werden wir unbedingt die Forderung erheben, daß unsere Ansprüche auf eine Aenderung des schweizer Patentgesetzes berücksichtigt werden. (Hört! hört!) Es ist ein unerträgliches Verhältniß, daß die ohne Patent in der Schweiz nachgemachten chemischen Waren nach Deutschland eingeführt und dort 20-30 Proz. billiger verkauft würden, als die patentierten deutschen Waren kosteten. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bp.):

Gerade dieser Fall beweist, wie notwendig die Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums ist. Auch ich glaube, daß wir beim Abwägen eines Handelsvertrages mit der Schweiz den Schweizern die Zähne werden zeigen müssen, um den unläuteren Wettbewerb, der da gegen unsere chemische Industrie getrieben wird, zu beseitigen. Gerade bei der Hochachtung, die ich vor dem schweizerischen Volk empfinde, umgibliche ich es entschieden, daß eine kleine Interessengruppe dort ein solches Nonplus sein anrecht erhalten kann. Weder trägt Beschwerden gegen den Präsidenten des Reichs-Patentamtes vor. Von der ungeschicklichen Einführung der Vorprüfung in der Prüfungsordnung für Patentanwälte ist trotz der vorjährigen Erklärung des Staatssekretärs nicht abgegangen worden, obwohl keine Bestimmung im Patentgesetz eine solche Vorprüfung erlaubt, auch keine Vorprüfung nur nach der formellen Seite hin. § 9 des Patentamts-Gesetzes trägt dem Reichslandtag die Einsetzung des ehrengeachtlichen Verfahrens auf. Ich sagte schon damals: Was soll der arme Mann denn eigentlich alles thun? (Gelächter.) Man sollte ihm doch mit dieser Specialgesetzgebung in Ruhe lassen. Der Reichslandtag hat natürlich den Präsidenten des Reichs-Patentamtes mit diesen Funktionen betraut und dieser Präsident ist allmählich ein Patent-Übersetzer geworden, (Gelächter), eine allmähliche Person. Ueber den Unteroffizier, den er im Verleiche mit den Patentanwälten anstellt, sind mir viele Klagen zugegangen. Jetzt muß er auch die Mitglieder der Prüfungscommission ausstellen, die nach § 1 des Gesetzes der Reichslandtag zu ernennen hat.

Auf das ungeheure Anwachsen der Geschäfte des Reichs-Patentamtes ist schon neulich hingewiesen worden. Seit 1891 hat sich die Zahl der Beamten desselben verdreifacht, es sind jetzt 784. Durch eine solche Ausdehnung der Geschäfte wird aber die Gefahr einer Uneinbreitlichkeit in der Geschäftsführung herbeigeführt. Die jetzige komplizierte Praxis veranlaßt viele Patentnachjuder, mit ihren Patenten ins Ausland zu gehen. Sind wirklich rein förmliche Mängel für diese obwaltende Geschäftsgebahrung maßgebend, ist dies wirklich auf eine förmliche Ueberziehung wirtschaftlich zurückzuführen? Die Bewerber erhalten ihre Patentanmeldungen oft in einem Zustand zurück, der an das korrigierte Schlußstück eines Zertificates erinnert. Ich möchte den Staatssekretär bitten, den Wünschen der Industrie und des Handels etwas mehr entgegenzukommen. In die Jurisdiktion des Reichs-Patentamtes kann der Staatssekretär freilich nicht eingreifen, aber gegen falsche Verwaltungsmassnahmen muß und kann er Abhilfe schaffen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei einer Behörde mit so ausgedehntem Beamtenspersonal werden immer Beschwerden vorkommen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Behörden dazu da sind, den Interessen des Publikums zu dienen. Sie müssen den Interessen des Publikums soweit entgegenkommen, wie es sich mit den gesetzlichen Vorschriften verträgt. Die Vorprüfungen in Bezug auf die Persönlichkeit der Patentanwälte gehören zu den gesetzlichen Befugnissen des Präsidenten des Patentamtes. Der Präsident ist berechtigt, das Gesuch eines Bewerbers, bei dem die nötigen Voraussetzungen nicht zutreffen, zurückzuweisen. Die Grundsätze über die Einbreitlichkeit der

Patenterteilung sind niedergelegt in einer Denkschrift des Patentamtes: „Die Geschäftstätigkeit des kaiserlichen Patentamtes 1891 bis 1900.“ Ich werde diese Denkschrift drucken lassen und sie dem Reichstag mitteilen. Alles das sind Fragen der Rechtsprechung, in die ich nicht eingreifen kann.

Abg. Schrader (fr. Bg.):

Die heutigen Verhandlungen weisen offenbar eine sehr starke Spitze gegen den Präsidenten des Reichs-Patentamtes auf. Einzelne falsche oder selbst thörichte Entscheidungen sind ja bei einer so ausgedehnten Behörde unvermeidlich. Es liegt eine große Schwierigkeit darin, für die Aufgaben, die das Patentamt auszuführen hat, die richtigen Personen zu finden. Es müssen für jede einzelne Branche außer Industrie und Technik Sachkenner vorhanden sein. Ich glaube aber nicht daran, daß das Patentamt aus förmlichen Rücksichten, um möglichst viel Gebühren einzunehmen, möglichst viele Patente erteilt. Ich möchte anheimgeben, ob die jetzige Organisation des Reichs-Patentamtes auf die Dauer haltbar ist und ob es nicht nötig sein wird, eine größere Anzahl höherer technischer und juristischer Beamtenstellen zu schaffen.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Der Kollege Müller-Meinungen hat die Verhältnisse einfach auf den Kopf gestellt, wenn er von einer Verletzung unsres Patentrechtes in der Schweiz und einer dadurch hervorgerufenen Empörung sprach. Die Schweizer selbst haben in der Schweiz nicht mehr Recht als die Deutschen in der Schweiz. Aber Sie wollen die Deutschen mehr geschätzt wissen, wie die Schweizer selbst. Das wäre ein unerhörter Eingriff in die Rechte eines fremden Landes, der auch wirtschaftlich durchaus unberechtigt ist. Deutschland und England sind die Länder, die die betreffenden Rohstoffe in die Schweiz liefern, und zwar liefert die deutsche Industrie sie zu billigeren Preisen dorthin als auf den deutschen Markt selbst. Dann wundern Sie sich darüber, daß nun die Schweizer diese Fabrikate billiger verkaufen können als die Deutschen selbst. Illopol sind nicht die Schweizer, sondern die deutschen Fabrikanten, welche Rohstoffe dorthin billiger verkaufen. Unsere ganze Gesetzgebung auf diesem Gebiete stützt ja im Grunde nicht eigentlich das geistige Eigentum selbst, sondern denjenigen, der in der Lage ist, zuerst das geistige Eigentum eines andern auszubenten, geistiger Eigentümer ist doch derjenige, der die Erfindung gemacht hat, also der Chemiker, nicht aber der Kapitalist, in dessen Betrieb er thätig ist. Herr Gamp hat ja in Aussicht gestellt, wenn wir demnächst zur zweiten Lesung des Zolltarifs kommen werden (Gelächter), keinen Antrag gegen die Schweiz einzubringen. Ich finde es sehr charakteristisch, daß dieselben Herren, die selbst so autonom sein wollen, daß sie von der ganzen Welt ausgeschlossen sind, hier ohne weiteres in die innere Gesetzgebung eines fremden Landes eingreifen wollen. Daß auch Herr Müller-Meinungen sich auf diesen Standpunkt stellte, hat mich am meisten gewundert.

Schweizerat Haug: Die Chemiker in den großen industriellen Betrieben sind angenommen, um mit den Mitteln der Firma gegen ein oft sehr hohes Gehalt an der Weiterentwicklung der chemischen Produktionsweise mitzuarbeiten. Von einer Ausbeutung kann da nicht gesprochen werden. — In die innere Gesetzgebung der Schweiz wollen wir natürlich nicht eingreifen, sondern verfolgen unser Ziel auf dem Wege freundschaftlicher Vorstellungen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bp.): Es freut mich, daß auch Herr Kollege Stadthagen das unläutere Vorgehen der Schweiz anerkannt hat. Den Eingriff in ein fremdes Recht habe auch ich natürlich nicht verlangt, aber jeder Vertrag bedeutet eine Beschränkung eigener Rechte.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Herr Stadthagen meinte, Herr Gamp würde bei der zweiten Lesung des Zolltarifs seinen Antrag einbringen. Ich hoffe, daß Herr Gamp das nicht thun wird, ich als Vorsitzender der Kommission werde jedenfalls mich jedem Versuch, Themas, die mit dem Zolltarif in gar keinem Zusammenhang stehen, in der Kommission zu verhandeln, widerlegen.

Abg. Stadthagen (Soc.): Der Herr Regierungsvorsteher scheint gar nicht zu verstehen, daß man den wie ich meine allein zutreffenden Standpunkt einnehmen kann, daß das geistige Eigentum in erster Linie der Allgemeinheit und dem geistigen Urheber zukommt, nicht aber dem Kapitalisten, der zufällig die Arbeitskraft des geistigen Arbeiters gekauft hat. Ich habe ja diesen Standpunkt auch wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Reichs-Versicherungsamts“.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Hierzu legen eine solche Anzahl Fragen vor, daß ich mich auf das notwendigste beschränken muß. Ich habe schon im vorigen Jahre hervorgehoben, daß in Hessen-Kassel die Beiträge zu der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf Grund der direkten Staatssteuer erhoben werden. Ein solches Abwälzen von Kosten, die lediglich von den Mitgliedern einer Berufsgenossenschaft zu tragen sind, auf die Allgemeinheit ist ungesetzlich.

Auch auf die Frage der Höhe der Entschädigung für die Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften bin ich schon im vorigen Jahre eingegangen. Nach dem Gesetz unterliegt die Höhe dieser Entschädigung der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes. Ich frage, ob der Vorsitzende des Reichs-Versicherungsamtes endlich die ihm gesetzlich obliegende Verpflichtung erfüllt hat, die übertrieben hohen Gehälter, die ich schon im vorigen Jahre erwähnt habe, außer Kraft zu setzen. In einer Reihe von Fällen sind die Gehälter trotz meiner Mitteilungen dieselben geblieben, ja in einzelnen Fällen noch erhöht. Herr Pachtke, der Ehrenvorsitzende der Tiefbau-Genossenschaft, erhielt im vergangenen Jahre 10 000 Mark für seine Thätigkeit als Ehrenvorsitzender, außerdem freie Dienstwohnung, Garten, Heizung und Beleuchtung. Wegen die geplante Erhöhung seines Gehaltes auf 15 000 M. schritt allerdings das Reichs-Versicherungsamts ein. Die elektrische Beleuchtungsanlage, die 10 000 M. kostete, wurde ebenfalls auf Kosten der Berufs-genossenschaft angelegt. Die Behauptung, daß sie für die Bureauräume zur Einführung der getrennten Dienstzeit notwendig sei, trifft nicht zu. Sogar ein nettes Krähstück für Herrn Pachtke, das 2000 M. kostete, ist auf die Genossenschafts-kasse übernommen worden. Ist über diese Verhältnisse eine Untersuchung eingeleitet und dem geschwägigen Zustand ein Ende gemacht? Es wird behauptet, daß Herr Pachtke nicht Unternehmer ist, obgleich das Gesetz dies vorschreibt. Dann sind seine Urteile unbillig. Rechtlich hohe Gehälter erhalten andre Vorsitzende von Berufsgenossenschaften, so der Vorsitzende der Fabrik-berufsgenossenschaft 6000 M., Herr Köhler von der Berliner Straßenbahn-Berufsgenossenschaft 4000 M., der Vorsitzende der Bergbau-Berufsgenossenschaft 3000 M., der Vorsitzende der Hammerstein-Bau-Berufsgenossenschaft 4000 M. erhalten, ebenso viel der Vorsitzende der Hamburger Bau-Berufsgenossenschaft.

Von Herrn Pachtke, dem früheren ehrenamtlichen Vorsitzenden einer andern Berufsgenossenschaft, war schon im vorigen Jahre die Rede. Der Herr bezieht keine 12 000 M. jetzt nicht mehr als Ehrenvorsitzender, sondern er erhält als Geschäftsführer jetzt ein noch höheres Gehalt. Es scheint sich dabei um eine Veruntreuung zu handeln, gegen die der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes einschreiten müßte. Die unteren Beamten, die die eigentliche Arbeit zu leisten haben, beziehen im Gegensatz dazu recht bescheidene Gehälter. Das Gehalt für den Vor-

figenden einer weiteren Berufsgenossenschaft soll nach den mitgeteilten Mitteilungen inzwischen von 12 000 auf 16 000 M. erhöht worden sein. Es ist mit dem Besetze unvereinbar, dazwischen hohe Gehälter zu zahlen. Ich bedaure sehr, daß der Präsident des Reichs-Versicherungsamts nicht anwesend ist, um darzutun, warum er diesen ungeheuren Zustand, der dessen Beseitigung er eingeseht ist, weiter bestehen läßt. Es wird einem allerdings manches klar, wenn man sich in den Gedanken der Herren, die die Geschäfte der Berufsgenossenschaften besorgen, hineinsetzt. Der Geschäftsführer der Brennereigenossenschaft — der einzigen Berufsgenossenschaft, in der keine Unfallverhütungs-Vorschriften bestehen —, Herr Lange, charakterisierte vor einiger Zeit einen seiner Ansichten nach allen Anforderungen entsprechenden Berufsgenossenschafts-Vorsitzenden u. a. mit folgenden Worten: „Seine durch unabhängige äußere Lage und durch Familienbeziehungen gestützte Art, auf Behörden und einflussreiche Personen einzuwirken“ usw. Ferner wird gerühmt die Freimütigkeit, mit der der Betreffende einzulisten und sich selbst des Irrtums zu zeigen versteht. Man sucht also solche Herren zu gewinnen, die einen möglichst großen Einfluß auf Behörden, auf einflussreiche Personen und auf die Gesetzgebung ausüben können. Es scheint, daß die Berufsgenossenschaften dies in großem Maße in Bezug auf den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, Gabel, erreicht haben. Ich möchte dringend um Auskunft darüber bitten, ob diese Mängel beseitigt sind. Ich komme nun kurz zu Herrn Felsch, mit dem ich mich bereits im vorigen Jahre beschäftigte, zurück. Ich habe meinem Verpfechtung gemäß die Anklage gegen Herrn Felsch wegen Untreue gegen die Berufsgenossenschaft, begangen durch die Annahme eines hohen Gehalts in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender erhoben, bin aber in allen Instanzen abgewiesen worden. Es wurde nicht anerkannt, daß ein öffentliches Interesse vorliege und der Oberstaatsanwalt meinte, mir siehe nicht das Recht zu, Beschwerde zu erheben, weil ich nicht Mitglied der betreffenden Berufsgenossenschaft, also nicht durch das Vorgehen des Herrn Felsch geschädigt sei. Dieser Verlauf der Sache ist wieder einmal ein Beweis für die ungeheure Macht der Berufsgenossenschaften, es beweist, wie notwendig es ist, die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften, die lediglich im Interesse der Versicherung einzelner liegt, zu durchkreuzen. Wie notwendig dies ist, beweist auch die absolute Hilflosigkeit des Reichs-Versicherungsamts gegenüber allen Einrichtungen der Berufsgenossenschaften, die zur Schädigung der Arbeiter führen, wie zum Beispiel dem System der Vertrauensärzte. Ich will nur einen Fall als Beweis anführen. Dr. Blasius ist der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft der Ziegelei- Arbeiter. Der Ziegelei-Arbeiter Schäfer war nun im Beruf verunglückt. Es mußte ihm ein Finger der rechten Hand abgenommen werden und außerdem war die Beweglichkeit des kleinen Fingers erheblich verringert. Professor Dr. Sprengler, einer auch nach der Ansicht nichtsocialdemokratischer Arbeiter äußerst tüchtiger und humaner Arzt, der Vorgesetzte des herzoglichen Krankenhauses in Braunschweig, behandelte diesen Mann und begutachtete in Uebereinstimmung mit dem Assistenzarzt, daß die Erwerbsfähigkeit des Mannes um 40 Proz. beeinträchtigt worden sei. Dieses Gutachten überhandte die Berufsgenossenschaft ihrem Vertrauensarzt, Herrn Sanitätsrat Dr. Blasius. Dieser begutachtete nun, ohne den Kranken gesehen oder untersucht zu haben, im Gegensatz zu den übereinstimmenden Gutachten dieser hervorragenden Ärzte, daß eine Rente von 20—25 Prozent genügend sei und die Berufsgenossenschaft biligte dem Verunglückten nur 25 Prozent zu. Als Dr. Sprengler dies erfuhr, kritisierte er in einem Schreiben an die Berufsgenossenschaft das Vorgehen des Dr. Blasius in den schärfsten Ausdrücken. Dem Arbeiter sei schweres Unrecht zugefügt. Wer ein solches Gutachten, ohne den Kranken gesehen zu haben, abgibt, begehe einen schweren Vertrauensbruch gegen die humanen Pflichten, die jeder Arzt auf sich zu nehmen habe. Dr. Blasius schickte sich durch diese Kritik beleidigt und ging in allen möglichen Instanzen gegen diesen ehrlichen Arzt vor, der lediglich die Interessen seines Standes und die des Verunglückten gewahrt hätte. Zunächst wurde das herzogliche Krankenhaus von der Berufsgenossenschaft boykottiert. Dann denunzierte Blasius seinen Kollegen und beantragte das Disziplinarverfahren. Die Kammer lehnte das ab und applizierte in ihrer Begründung noch Dr. Blasius eine wohlverdiente moralische Ohrfeige, indem sie auch die Herabsetzung ohne persönliche Untersuchung mit den Pflichten eines Vertrauensarztes nicht für vereinbar erklärte. Nun verlagte Blasius Professor Sprengler wegen Verleumdung. Im Termin erklärte Sprengler, das Verfahren des Dr. Blasius verstoße gegen die fundamentalsten Grundsätze der Medizin. Sein Verfahren entspreche lediglich den Gewohnheiten abhängiger Vertrauensärzte, die Rente zu drücken. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Blasius führte an, daß er nach der seitens der Berufsgenossenschaft aufgestellten Tabelle vorgegangen. Seitens des Herrn Staatssekretärs ist aber mindestens ein Dutzend Mal betont worden, daß ein derartiges Schematisieren gegen die Pflichten des Vertrauensarztes verstößt. Wenn der Arzt sich einfach begnügt, das Schema anzuschlagen, so ist er nicht als der Handlanger, der Handlanger der Berufsgenossenschaft. Der Sachverständige stellte sich auch auf den Standpunkt des Dr. Sprengler. Das Gericht erkannte an, daß Sprengler zweifellos in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und verurteilte Dr. Sprengler nur wegen der harten Ausdrücke zu 150 Mark Geldstrafe. Blasius meinte, Schäfer habe sich ja bei der Entscheidung beruhigt. Das ist eben das Traurige dabei, daß die Arbeiter nicht das geringste Vertrauen haben zu den Behörden und seit Herr Gabel im Amte ist, auch nicht mehr zum Reichs-Versicherungsamt, so daß sie an eine Verunglückung gar nicht mehr denken. In dem erwähnten Fall hat das Reichs-Versicherungsamt die Pflicht, Remedur zu schaffen, auf die Gutachten des Dr. Blasius darf nicht das geringste mehr gegeben werden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Für das Verhalten des Dr. Blasius ist auch noch ein anderer Fall sehr bezeichnend. Ein Arbeiter Fränkel wurde von diesem Arzt am 26. Dezember 1894 untersucht. Dabei hat ihm dieser durch Zerren an dem verletzten Arm starke Schmerzen verursacht, ihn hart angelassen und ihm sogar gedroht, er solle gar keine Rente mehr erhalten. Fränkel zeigte seit jenem Tage eine auffällige Veränderung in seinem Benehmen, wurde sehr aufgeregt, zeigte sich gütigen Anspruchs gegenüber ganz unzugänglich, eine Berufung an das Schiedsgericht lehnte er ab und meinte, das mühe ihm nichts mehr, der Arzt habe ihm ja gesagt, daß er jetzt gar keine Rente mehr haben solle. Er hat dann mehrere vergebliche Selbstmord-Versuche gemacht, bis er sich schließlich tötete. Das Reichs-Versicherungsamt ist auf Grund der Erhebungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß Fränkel infolge der Vorgänge bei seiner Untersuchung durch Dr. Blasius in einen Zustand seelischer Erregung verfaßt worden ist, der in seiner weiteren Entwicklung zu der geistigen Verwirrung führte, welche schließlich eine freie Willensbetätigung des Fränkels ausgeschlossen hat. (Hört! hört! b. d. Soc.) Der ursächliche Zusammenhang des Selbstmords mit der Behandlung des Unglücklichen durch den Doktor Blasius wurde als festgestellt angenommen und der Witwe eine Rente gewährt. Diesen Fall habe ich, wenn ich nicht irre, 1895 oder 1896 hier bereits erwähnt und darauf hingewiesen, daß mit solchen Mißbräuchen aufgeräumt werden müsse. Solche Vertrauensärzte hat der Gesetzgeber sicherlich nicht gemeint. Wenn wir sehen, daß in solcher Weise mit den armen Krüppeln verfahren wird, dann müssen wir von der Regierung Abhilfe fordern durch Beseitigung derartiger geringfügiger Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß der Staatssekretär sich informieren und uns mitteilen wird, ob er ein solches Vorgehen eines Arztes und einer Berufsgenossenschaft für würdig erachtet.

auch wieder in der Statistik der Unfälle, die Wände spricht von dem Glanz der Arbeiter und dem grauenhaften Unrecht, das die Unfallversicherungs-Gesetzgebung und ihre Handhabung über sie verhängt, während den Unternehmern in wachsendem Maße Profiten daraus zufließen. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toten und Schwerverwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die tödlichen Unfälle betrafen 1896 7101, 1897 7400, 1898 7984, 1899 8124, 1900 8567 Personen. Die Zahl der schweren Verletzungen betrug in runden Zahlen 1896 79 000, 1897 84 000, 1898 90 000, 1899 97 000 und 1900 99 087. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

107 654 Tote und Schwerverwundete in einem Jahre! Welche ungeheure Armee, die auf dem Schlachtfelde der Industrie gefallen ist. Und von Jahr zu Jahr hat sich diese Ziffer erhöht. Im wesentlichen läßt sich die Erscheinung auf zwei Umstände zurückführen. Erstens darauf, daß je mehr Unfälle stattfinden, um so größer der Gewinn wird, der der Unternehmerschaft als solcher, nicht den einzelnen Unternehmern auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetzgebung zufließt. Zweitens darauf, daß die Arbeiter nicht das Selbstbestimmungsrecht haben, sondern das willenlose Werkzeug der Berufsgenossenschaften auch nach der Unfallverhütung geblieben sind. Vergleicht man die Leistungen der Unternehmerschaft auf Grund der Unfallversicherung mit den Leistungen, die sie aufzubringen hätte, wenn der alte Haftpflichtgedanke so weit gegangen wäre, daß sämtliche Unfälle zur Entschädigung führen würden, so läßt sich berechnen, daß die Unternehmerschaft bei dem jetzigen Zustand eripart hat im Jahre 1897 94 Millionen, im Jahre 1898 102 Millionen, 1899 112 Millionen und 1900 120 Millionen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Gesetzgebung auf Grund des Haftpflichtgedankens nicht so weit gegangen wäre, für alle Unfälle einzutreten, also auch für diejenigen, die ohne Schuld des Unternehmers eintreten, würde dieser Gewinn sich allerdings auf den vierten Teil vermindern, aber seine steigende Tendenz würde bestehen bleiben. Gegenüber der fortwährenden Behauptung, als ob die Unternehmer weit was für Leistungen für die Arbeiter aufbringen, während dieser Gewinn aus den Knochen und dem Blut der Arbeiter fließt, müssen wir prüfen, wie viel auf den einzelnen Arbeiter tatsächlich kommt. Im Durchschnitt der Jahre 1886—1899 entfielen auf den einzelnen Arbeiter pro Tag 1 1/2 Pf., 1900 sogar nur 1,07 Pf. (Siehe ich die Ausgabe der Verwaltung ab, die selbstverständlich bei den fürstlichen Gehältern für die Herren Ehrenvorsitzenden sehr hoch sind und 0,37 Pf. pro Tag und Arbeiter im Durchschnitt betragen, so bleiben etwa 1/10 Pf. für den Tag übrig. Das sind die maßlosen Lössen, die die Unfallversicherung den gewerblichen Unternehmern auferlegt hat. Für den landwirtschaftlichen Unternehmer beträgt die Belastung sogar nur 1/10 Pf. pro Kopf und Tag! Im Unfallversicherungs-Gesetz liegt also keine Belastung für die Unternehmer, wohl aber ist seine Folge eine Verneuerung der Unfälle.)

Für die Ermittlung der Ursachen der Unfälle waren wir bisher auf die Statistik vom Jahre 1890 angewiesen. Die 1897 aufgemachte Statistik ist jetzt endlich im vergangenen Sommer vollständig erschienen. Sie entspricht aber nicht entfernt den Anforderungen, die man an eine objektive und auf Verhütung von Unfällen abzielende Statistik stellen muß. Sie ist auf unzuverlässiger Grundlage aufgebaut und tendenziös abgefaßt. Die Beamten des Reichs-Versicherungsamts und des Statistischen Amtes haben meine Erwartung, daß sie vorurteillos und ohne Rücksicht auf Unternehmer-Interessen den Ursachen der Unfälle nachforschen würden, bitter enttäuscht. Für die Beantwortung der Frage nach demjenigen, der den Unfall verschuldet hat, hat man sich ganz auf die Ankünfte der Berufsgenossenschaften, also interessierter Kreise, verlassen. Die Berufsgenossenschaften haben ein Interesse daran, die Wahrheit zu vertuschen und der Unwahrheit zum Recht zu verhelfen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Berufsgenossenschaften hier nicht solcher Thesen beschuldigen. Das verstößt gegen die Ordnung des Hauses.

Hg. Stadthagen (fortfahrend):

Es mußte doch auch dem Reichs-Versicherungsamt klar sein, daß die Grundlagen, die es von den Berufsgenossenschaften bekam, nicht zuverlässig sind. Nur so ist es zu verstehen, daß diese statistische Arbeit so lange gedauert hat. Man hat eben die Notwendigkeit einer Nachprüfung eingesehen. Es sind aber zur Ermittlung der Ursachen der Unfälle weder Arbeitervertretungen noch Gewerbe-Inspektoren herangezogen worden. Die ganze Statistik ist durchgezogen von dem Gedanken, dessen Durchführung der Zentralverband der Industriellen so lebhafte Wünsche wie ich möglich, die durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführten Unfälle von der Versicherungspflicht auszuscheiden? Den Arbeitern soll kein wirklicher Schadenersatz, sondern höchstens ein kleines Almosen gewährt werden. Dieser Wunsch der Industriellen ist zu meinem lebhaften Bedauern fast aus jedem Blatt der Statistik herauszulesen. Euer solchen Arbeit kann man keinen wissenschaftlichen Charakter zuerkennen. Ich bedaure, daß so viel Zeit und Mühe darauf verwandt worden ist. Trotz dieser tendenziösen Grundlage aber kann man aus der Statistik doch entnehmen, wie ungeheuer wenig Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter genommen wird. Die verschiedenen Anbrüten der Unfallursachen sind in der Erfassung der eigentlichen Unfallgründe total ungenügend. In einem nationalökonomischen Seminar würde eine solche Arbeit nicht bestehen können.

Unter den 13 Klassen der Unfallgründe finden sich z. B. „Ungeeignete Kleidung“, „Schuld des Arbeitgebers und Arbeitnehmers zugleich“, „unvermeidliche Betriebsgefahr“ usw. Wie darf man eine Betriebsgefahr „unvermeidlich“ nennen? Von den Berichten der Gewerbe-Inspektoren scheinen die Verfasser der Statistik nie etwas gehört zu haben. In diesen spielt der Mangel an Schulung, die Einstellung ungelerner Arbeiter eine große Rolle. In dem Schema der Statistik aber fehlen diese wichtigen Unfallursachen ganz. Auch die ungenügende Bekanntmachung der Schutzvorschriften, die im Reichsbahnen und Ostelbien die Unfallstatistik so zahlreiche Unfälle aufweist, kann nicht überraschen; dort bestehen die jämmerlichsten Schuldverhältnisse, und doch werden in immer wachsendem Maße ungelernete Arbeiter eingestellt. Die ganze Verhütungstheorie der Statistik ist unhaltbar. Die große Zahl der Unfälle auf dem Lande beweist, daß dort die auch vom Kaiser gewünschten Unfallverhütungs-Vorschriften nicht überall befolgt werden. Auch auf diesem Gebiete herrscht der Junker, wenn auch der Kaiser regiert.

Die socialdemokratische Partei hat schon 1871 die Forderung eines vollen Schadenersatzes für sämtliche Unfälle erhoben, die ein Arbeiter in einem Betriebe erleidet, sei es mit oder ohne Verschulden, durch Fahrlässigkeit oder ohne Fahrlässigkeit des Arbeitgebers. Rebel wiederholte diese am 8. Mai 1871 erhobene Forderung dann im Jahre 1870. Statt einer Erfüllung derselben haben wir als Minimal-Abstrichzahlung die Unfallgesetzgebung bekommen, die in sich den Keim dazu trägt, daß von Jahr zu Jahr die Unfälle sich häufen müssen. Jetzt kann die Regierung nicht mehr sagen: Warten Sie doch noch ein paar Jahre ab! Die Zahl der Verwundungen und Tötungen hat in den letzten Jahren in grauenvoller Weise zugenommen, auf dem Schlachtfelde der Industrie sind in einem einzigen Jahre über 7000 Menschen verwundet oder getötet! Wir müssen eine Ergänzung der Unfallgesetzgebung in dem Sinne fordern, daß statt der sogenannten Rente eine volle Entschädigung der Unfälle gezahlt wird. Ferner müssen die Arbeiter teilnehmen an der Verwaltung der Unfallversicherungs-Körpers. Ihr Leben, ihre Gesundheit, das Leben und Gedeihen ihrer Frauen und Kinder ist es, worüber entschieden wird, wobei oft durch so inhumane Rente entschieden wird, wie durch den Dr. Blasius. Die Rechnung können Sie nicht für unwichtig erklären, jemeher Unfälle, desto größer die Profite, die dem Unternehmertum zufließen. Die Arbeiterorganisationen müssen gekämpft werden,

damit den Arbeitern vernünftige Arbeitsbedingungen zugestanden werden. Die Unfallshausfahrlässigkeitstabelle zeigt auch, daß bessere Schulen imstande sein könnten, den größten Teil der Unfälle zu beseitigen. Die meisten Unglücksfälle kommen in Ostelbien und Nieder-Bahnen, den Distrikten mit den schlechten Schulen vor. Vor allem ist es nötig, um die grauenhafte Zahl der Unfälle zu vermindern, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Die Länge der Arbeitszeit und die damit verbundene Ermattung der Arbeiter trägt die Hauptschuld an den Unfällen. Was wir Socialdemokraten seit Jahren verlangt haben, das wird durch die Tafeln stets als richtig erwiesen, auch wenn die amtliche Statistik noch so tendenziös aufgekleistert wird. Die Verschuldung der Arbeitgeber an den Unfällen hat von Jahr zu Jahr zugenommen und das Unternehmertum ist so stark geworden, daß ihm gegenüber Gesetze nicht mehr zu helfen scheinen. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob der Präsident des Reichs-Versicherungsamts wirklich so leidend ist, daß er die Gesetze gegen das Unternehmertum nicht mehr in Anwendung zu bringen vermag. Fälle, wie der des Dr. Blasius dürfen nicht mehr vorkommen, das Leben und die Knochen der Arbeiter sind keine Kurierobjekte; auf der andern Seite dürfen die Berufsgenossenschaften Kerzen, die die Arbeiter niegesehen haben, nicht zu so riesigen Einnahmen verhelfen. Die Kerze dürfen nicht deparatirt werden zu Lakaien des Unternehmertums. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Abg. Stadthagen hat hier den Fall Blasius zum Gegenstand einer ausführlichen Besprechung gemacht. Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich über jede einzelne Rentenfestsetzung hier Auskunft geben kann, ich kann nur erklären, daß ich das Reichs-Versicherungsamt wiederholt angewiesen habe, die Festsetzung der Renten nicht schematisch, sondern unter gründlicher Vertiefung des Einzelfalles vorzunehmen. Wenn der Abg. Stadthagen die Vertrauensärzte so heftig angegriffen hat, so möchte ich ihn darauf verweisen, daß nach dem Gesetz der Geschäftigte verlangen kann, daß ein anderer Arzt gehört wird. Liegt der Fall Blasius so, wie ihn Herr Stadthagen vorgetragen hat, so bedaure ich das. Ich will mich genau informieren und von neuem das Reichsversicherungsamt anweisen, nicht schematisch, sondern konkret zu entscheiden. Was die von Herrn Stadthagen getrigte Festsetzung der Entschädigungen für die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften anlangt, so bedaure ich, daß der Herr Abgeordnete gegen den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts so schwere Vorwürfe erhoben hat. Diese Vorwürfe sind um so bedenklicher, als der Präsident des Reichs-Versicherungsamts auch richterliche Funktionen hat. Grundsätzlich sollen die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften nur für ihre den Berufsgenossenschaften gewidmete Arbeit und Zeit schadlos gehalten werden. Natürlich ist oft die Festsetzung der Entschädigung nicht leicht und nach der besonderen Tätigkeit der betreffenden Vorsitzenden zu bemessen. Ich habe angeordnet, daß die bisher gezahlten Entschädigungen nach Inkrafttreten der Novelle von neuem einer Prüfung unterzogen werden. — Im Falle Brandts ist dem Vorsitzenden die für den Geschäftsführer bestimmte Wohnung eingeräumt worden, weil dieser darauf verzichtet hat. Er bezieht eine Jahresentschädigung von 10 000 M. und das Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß die Höhe dieser Summe gerechtfertigt erscheint. Herr Felsch hat der Berufsgenossenschaft die Räume in seinem Hause zu einem durchaus nicht unangemessenen Preise vermietet, er bezieht weder mittelbar, noch unmittelbar ein Dienstentgelt von der Berufsgenossenschaft; für Reiseentschädigung zc. hat er jährlich etwa 700 Mark bezogen. Die „Vangerwerth-Zeitung“ ist sein Privateigentum, sie hat lange vor Inkrafttreten des Unfallgesetzes schon bestanden und schon im Jahre 1883 4000 Abonnementen gehabt. Ich habe keinen Einfluß auf die Festsetzung der Entschädigungen, ich muß mich also ganz auf den formalen Standpunkt stellen. Die Entschädigungen werden von der Berufsgenossenschaft vorgeschlagen, vom Reichs-Versicherungsamt geprüft und bewilligt, es ist keinerlei Einspruch dagegen erfolgt, ich kann nur sagen: Roma locuta est. — Eine tendenziöse Aufmachung der Statistik liegt nicht vor. Die Unfälle sind auf Grund polizeilicher Feststellungen aufgenommen; natürlich wird eine jede Statistik Mängel haben und vielleicht können einzelne dieser Mängel bei der nächsten Ausgabe der Statistik ausgemergelt werden.

Auf Antrag des Abg. Dr. Oertel (L.) werden die Verhandlungen hier abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Marine-Stat.), Schluß 6 Uhr.

Berichtigung. In dem Parlamentsbericht von der Montag-Sitzung des Reichstags ist ein Irrtum unterlaufen. In der Rede des Herrn Antrid heißt es:

Weiter hat Herr Straßmann behauptet, syphilitische Wässer gäbe es nicht in Moabit. Der Herr Decernent scheint gar nicht zu wissen, was draußen vorgeht. Ich stelle der Regierung eine ganze Reihe von Wörtern zur Verfügung, die tatsächlich syphilitische Kranke waren.

Dies ist irrig. Antrid stellte vielmehr im Gegensatz zu der Rede des Stadtrats Dr. Straßmann ausdrücklich fest, daß in Moabit auf der Station 21 zu seiner Zeit mehrere syphilitische Kranke Patienten gelegen haben. Zum Beweise hierfür wolle er die Namen der Patienten, d. h. nur die Anfangsbuchstaben, und die Zeit, in welcher sie dort gelegen, mitteilen. . .

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Stichwahl in Zeig wurde unser Kandidat mit 488 gegen 477 gegnerische Stimmen gewählt. Damit zieht der zweite Socialdemokrat in das Zeiger Stadtparlament ein. Am 20. Februar ist noch eine Nachwahl, für die unsere Genossen eine lebhaftige Thätigkeit entfalten.

Totenliste der Partei. In Hamburg starb im Alter von 72 Jahren der Schuhmacher Karl Offen. Er war, wie das „Hamburger Echo“ in dem Nachruf für den Verstorbenen sagt, einer der Kämpen, die schon in der Sturmzeit 1848/49 tapfer für die Demokratie eintraten und sich nicht, wie so manche, noch rechts manierten, sondern lebhaftes Geistes Insequent die Bahn verfolgten, die zum Socialismus führte. Den achtundvierziger Democaten brachte der Allgemeine deutsche Arbeiterverein auf den socialistischen Standpunkt. In der schwersten Zeit stand er stets auf dem gefährlichsten Posten, wodurch seine Existenz erheblich zu leiden hatte. Er ruhte und rastete auch nach 1890 nicht. Noch vor Jahresfrist brachte der mehr als siebzehnjährige die Flugblätter von Haus zu Haus, bis man ihn wegen seiner allmählich eingetretenen Körperschwäche dispensierte. Wäge er unter jüngeren Generation stets in Pflicht-treue vorbildlich sein. Bei allen, die ihn kannten, ist ihm ein treues Gedenken gesichert.

Die erste socialistische Konsumgenossenschaft ist vor kurzem in Chicago gegründet worden. Mitglied kann jedermann werden durch Einzahlung von 20 M.; aber nur Mitglieder der socialistischen Partei gelten als aktive Mitglieder und nur sie haben Abstimmungsrecht. 1/3 des Ueberschusses wird dem Agitationsfonds der socialistischen Partei überwiesen, 1/3 wird als Reserfonds zurückgelegt, die übrigen 1/3 werden als Dividende verteilt. Glück dieses Unternehmens, so sollen auch in anderen Städten der Vereinigten Staaten solche gegründet werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Durch Antragen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ während des Gottesdienstes soll ein Parteigenosse in Wiltzer eine Polizeiverordnung verlesen haben. Er erhielt ein Strafmandat über 5 M., obwohl er nach dem Postgesetz zu seiner Handlung berechtigt war. Leider erhob er seinen Einspruch zu spät, so daß er sowohl vom Schöffengericht wie auch vom Berufungsgericht abgewiesen wurde.

Kommunales.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bei der Stadtverordneten-Versammlung folgende Anträge eingebracht:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, dem Magistrat zu ersuchen:

In Gemäßheit des § 120 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welchen den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird.

2. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, die Verfügung vom 25. Oktober 1901 betreffend die Nichtanwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer Kraft zu setzen und den Magistrat zu ersuchen, ihr eine Vorlage zum Zweck anderweitiger Regelung der in der erwähnten Verfügung geregelten Materie zu machen.

Lokales.

Einer der ältesten Berliner Parteigenossen, der Schrift-seher Friedrich Wisse, ist am 18. Januar nach schwerer Krankheit in New York gestorben. Neben Wegner, Kasper, Auer, Bernstein zählte er von Anfang an zu der in Berlin damals schwachen Gruppe der sog. „Eisenacher“, vertrat die Berliner Genossen auf dem Kongress der Internationale zu Haag, auf dem Parteikongress zu Mainz (1872) und zu Eisenach (1873), war bei Gründung der „Berliner Freien Presse“ deren erster Redakteur, dann verantwortlicher Redakteur der ersten wissenschaftlichen Revue der Partei, der von Höchberg ins Leben gerufenen und geleiteten „Zukunft“, erlitt als solcher eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, nach deren Verbüßung er am 16. Dezember 1878 auf Grund des Socialistengesetzes mit einer Frist von nur 36 Stunden aus Berlin ausgewiesen wurde, worauf er wie der ebenfalls schon verstorbenen Genosse Greifenberg, der letzte Berliner Vertrauensmann und letzte Redakteur der „Berliner Freien Presse“, nach Amerika ging, an der New Yorker „Social-Revolution“ Stellung fand und lange Zeit sowohl in der amerikanischen Partei- wie auch in der Bewegung im Vordergrund tätig war. In den letzten Jahren lebte er etwas zurückgezogen, bis der Tod dem Streben des stillen und intelligenten Genossen ein Ende machte. Sein Andenken wird bei allen, die ihn kannten, fortleben, denn alle, die ihn kannten, liebten ihn!

Von der städtischen Armenpflege. Der von der Armen-Direktion ausgehende Teil der städtischen Armenpflege, das Armenwesen im engeren Sinne, hat im Etatsjahre 1900/01 eine Ausgabe von 1 540 014 M. erfordert. Da durch Einnahmen nur 714 050 M. gedeckt wurden, so war ein Zuschuß von 825 964 M. zu leisten. Im Etatsjahre 1899/00 hatten die Ausgaben 8 716 280 M., die Einnahmen 651 515 M., der Zuschuß 8 064 765 M. betragen. Es ist also wieder eine erhebliche Steigerung der Ausgaben bzw. des Zuschusses eingetreten. Die durch die Armenkommissionen angeordneten Untersuchungen beliefen sich allein auf 8 938 649 M. (im Vorjahre 6 681 212 M.). Im Jahre 1900/01 (bzw. im Vorjahre 1899/00) erforderten die laufenden monatlichen Unterhaltungen: bei den Armenkommissionen 5 343 618 (5 137 947) M., in 358 423 (354 061) Portionen zu durchschnittlich 14,91 (14,51) M., bei den Pflegekindern 768 491 (759 637) M., in 118 578 (116 022) Portionen zu durchschnittlich 6,46 (6,55) M. Als außerordentliche Untersuchungen wurden gezahlt: an ständige Armenempfänger 174 190 (153 994) M., in 24 257 (21 794) Portionen zu durchschnittlich 7,18 (7,06) M., an ständige Pflegegeld-Empfänger 65 272 (69 191) M., in 7890 (8457) Portionen zu durchschnittlich 8,50 (8,18) M., an nicht laufend unterstützte Personen 588 080 (540 548) M., in 57 455 (54 990) Portionen zu durchschnittlich 10,18 (9,83) M. Die Durchschnittsbeträge sind meist etwas gestiegen. Zurückgegangen sind sie nur bei den laufenden Unterhaltungen der Pflegekinder (der in der Pflege der Mutter belassenen Halbweisen). — Die Zahl der Unterhalteten hat sich im letzten Jahre wieder erhöht. Am 31. März 1900 hatten 29 458 Armenempfänger und 10 022 Pflegekinder in den Listen gestanden. Zum Laufe des Jahres 1900/1901 wurden 5152 Armenempfänger und 2679 Pflegekinder aufgenommen und es schied 4318 Armenempfänger und 2562 Pflegekinder aus. Am 31. März 1901 standen mithin 30 297 Armen-Empfänger und 10 139 Pflegekinder in den Listen. Seit 1896, wo am 31. März 28 069 Armenempfänger und 9202 Pflegekinder gezählt wurden, ist die Zahl der Armenempfänger um 4228 (über 16 Proz.), die der Pflegekinder um 937 (über 10 Proz.) gestiegen. Die Bevölkerungszahl Berlins hat vom 2. Dezember 1895 bis zum 1. Dezember 1900 um 12 1/2 Proz. zugenommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen zu beschäftigen: Wahl von zwei Mitgliedern für die Schuldeputation. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. die unentgeltliche Bewässerung der Kur- und Pflegeplätze in städtischen Krankenhäusern an die in Berlin wohnenden, mit ansteckenden Krankheiten befallenen Personen. — Berichterstatter über die Vorlagen betr. die Erwerbung der zur Verbreiterung der Alexanderstraße erforderlichen Flächen der Grundstücke Alexanderstr. 10/11, 12 und 12a. — Vorlage betr. die Festsetzung einer neuen Beförderungsordnung für die Gesangs- und Zeichenlehrer an den städtischen höheren Lehranstalten und für die Gesangslehrer an den städtischen höheren Mädchenschulen, sowie Abänderung der Beförderungsordnung für die Oberlehrer an den genannten höheren Schulen. — die für das Etatsjahr 1902 in den städtischen Gaswerken und am Rohrsystem notwendigen Erneuerungsarbeiten, — die Regulierung der Gehälter der Schulinspektoren, — die Beschaffung von 19 neuen Lehrmaschinen und 85 neuen Sprengwagen, sowie die Anschaffung von 50 gebrauchten Sprengwagen mit je einem zweiten Drahtrohr und von 236 Sprengwagen mit je einer Bremsvorrichtung für das Etatsjahr 1902.

Desinfektionen. Wegen Diphtherie wurden im Jahre 1900 gegenüber 1899 nur 3077 Desinfektionen, d. h. 270 weniger ausgeführt. Auch im Jahre 1901 hat die Zahl der Desinfektionen abgenommen. Im ganzen wurden 1900 7190 Aufträge auf Desinfektionen ausgeführt gegenüber 7155 im Jahre 1899. Die Zahl der Wohnungsinfektionen betrug 3723, sie hat um 123 abgenommen, auch die Zahl der desinfizierten Gefäße ist von 7759 auf 7592 gefallen. Bei 8610 Aufträgen mußte die öffentliche Desinfektionsanstalt in der Reichensbergerstraße die Krümmen niederschlagen und zwar auf Grund von Befreiungsscheinen der Armen-Direktion. In der von sozialdemokratischer Seite beantragten Anwesenheit der Desinfektion hat man sich in Berlin bekanntlich noch nicht aufzuheben können.

Die städtische Verkehrsdeputation hat, weil die Gesellschaften innerhalb der vertragmäßigen Frist nicht die staatsbehördliche Genehmigung erlangt hatten, von dem vertraglich vorbehaltenen Recht, die Zustimmung zurückzuziehen, Gebrauch gemacht und für folgende Straßenbahnlinien die erteilte Baugenehmigung zurückgezogen: 1. Die Zweiglinie der Westlichen Berliner Vorortbahn: Königin-Augusta-Straße — Hofenplatz — Dönnersstraße — Bernburgerstraße bis zum Botanischen Platz. 2. Die Linien der Großen Berliner Straßenbahn: von der Behrenstraße durch die Markgrafen- bis zur Junfermann-

mit Anschließung an die durch die Ritterstraße führenden Linien; von der Dönnersstraße über den Lustgarten und die Schloßfreiheit nach dem Schloßplatz.

Der Berliner Westhafen. Der Plan, in der Nähe der Jungfernhöhe und des neuen Virchow-Krankenhauses einen großen „Westhafen“ zu erbauen, der für den westlichen Schiffahrtsverkehr ein dringendes Erfordernis ist, ist festgesetzt, und handelt es sich jetzt darum, das für die Hafenanlage benötigte Gelände zu erwerben. Die bezüglich zweier umfangreicher Grundstücke eingeleiteten Erwerbsverhandlungen haben bei den übermäßig hohen Preisforderungen der Besitzer bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Zum Mischkrieg. In einer Mischhändler-Konferenz wurde mitgeteilt, daß nach § 45 des Statuts der Misch-Centrale das erste Geschäftsjahr am 1. Oktober v. J. abgelaufen und nach § 32 die ordentliche Generalversammlung in nächster Woche innerhalb vier Monate nach diesem Termin einberufen sei. In der letzteren mußte, wie üblich, die Bilanz vorgelegt und dem Vorstande und Aufsichtsrat Decharge erteilt werden. Man sprach allgemein seine Verwunderung darüber aus, daß der letzte Termin, 31. Januar d. J., verstrichen sei, ohne daß auch nur eine Ankündigung der gesetzlich vorgeschriebenen Generalversammlung erfolgt sei. Ob die Schlichte, welche man aus dieser Unterlassung zog, gerechtfertigt sind, dürfte die nächste Zukunft lehren.

Zu dem Luftschiffer-Unglück, über das wir gestern berichteten, meldet man aus Antwerpen: Dienstag früh wurde die Leiche des Hauptmanns v. Sigefeld zur Ueberführung nach Deutschland in feierlichem Zuge nach dem Bahnhof gebracht. Eine Abteilung der hiesigen Garnison, welche den Zug begleitete, gab Ehrensalven ab. Eine große Menschenmenge säumte die Straßen ein.

Die Rettungsgeräte an den hiesigen öffentlichen Wasserläufen sind im Jahre 1901 in 41 Fällen zur Rettung Ertrinkender angewendet worden und zwar 32mal mit und dreimal ohne Erfolg. — Zur Bergung von im Wasser treibenden Leichen sind die Rettungsgeräte außerdem in 24 Fällen benutzt worden.

Schlechte Geschäfte macht bekanntlich die preussische Lotterieverwaltung, seitdem sie die Zahl der Lose um das Doppelte vermehrt hat. Die leidige Thatsache, daß die preussischen Lose so schwer abzulegen sind, ist wohl weniger einem Mangel der Intelligenz in der Bevölkerung zuzuschreiben, als der Konkurrenz von auswärts, die trotz aller Verbote den preussischen Spieler zu verführen weiß. Wie gemeldet wird, soll sich auch die Geschäftsstelle für die neue, 207 Klassenlotterie recht ungünstig gestalten. Es geht aus dem Bericht hervor, daß an dem gestrigen vorletzten Einlösungstage der Lose für die 2. Klasse noch nahezu die Hälfte des Bestandes bei den Kollektoren festlag; infolgedessen ist anzunehmen, daß zahlreiche Spieler von einer Erneuerung ihrer bisher gefälschten Nummern absehen. Den bedeutendsten Abzug fanden bisher noch die Zehntel-Anteile, die bei allen Kollektoren geräumt wurden. Die Nachfrage nach diesen kleinsten Teilen eines Loses war so bedeutend, daß nicht allen Anforderungen Rechnung getragen werden konnte.

Sollte bei solcher Abneigung gegen das Lotteriespiel gerade in den besser situierten und daher noch staatsbehaltend gesimten Kreisen ein Appell an den Patriotismus nicht helfen?

Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde gestern, in Gemeinschaft mit seinem Vater, der unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftete Sohn des Bauunternehmers S. in Wilmersdorf, über dessen Verhaftung wir seiner Zeit berichteten. S. selbst beteuert nach wie vor seine völlige Unschuld. Es haben sich jetzt mehrere durchaus einwandfreie Zeugen gemeldet, die das Alibi des Verhafteten für den ganzen Tag des Brandes bestätigen. Die Verhaftung des Herrn S. erfolgte bekanntlich, weil das Feuer gerade wenige Minuten nach seiner Heimkehr ausgebrochen sein sollte und in der Nähe der Brandstelle Gegenstände aus dem Besitze der Familie S. gefunden wurden. Nun haben sich inzwischen verschiedene Zeugen gemeldet, die schon vor der Rückkehr des Bauunternehmers einen intensiven Brandgeruch im Hause bemerkt haben wollen. Auch das Auffinden von Sachen der Familie S. auf der Brandstätte hat seine durchaus harmlose Aufklärung gefunden. — Zu der Angelegenheit wird uns vom Amtmeister Müller in Wilmersdorf mitgeteilt, daß die dortige Feuerwehr und nicht die Charlottenburger bei dem Brande wirksam eingegriffen habe.

Ein antisemitischer Redakteur. Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I stand gestern wiederum Termin in einer Strafsache wegen Beleidigung gegen den Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Otto Bödler an. Als Sachverständiger war Prof. Dr. Straß, als Zeugen Vollstellersmann Mundi und der Student der Theologie Gottmeyer aus Leipzig zur Stelle. Der Angeklagte war wiederum nicht erschienen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Bödler stellte fest, daß aus einem vom Angeklagten eingegangenen Briefe hervorgehe, daß dieser die Vorladung zum Termin erhalten habe. Er beantragte darin, den Termin zu versetzen, da er sich zur Zeit und auf längere Dauer zur Herstellung seiner Gesundheit im Auslande befinde. Ein Brief des gleichen Inhalts sei auch bei einem früheren Termin an das Gericht gelangt, merkwürdigerweise sei aber in beiden Fällen der Brief in Berlin aufgebehalten, es scheine also, daß der Angeklagte sich in Berlin aufhalte. — Staatsanwalt Schmidt beantragte bei dieser Sachlage die Verhaftung des Angeklagten, dem es offenbar auf eine Verschleppung ankomme. Am 8. d. Mts. siehe schon wieder eine Anklage wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten von Gumbinnen gegen den Angeklagten an, dieser sei erst kürzlich wegen Beleidigung eines Rechtsanwalts zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und so scheint es, daß er sich der Strafe entziehen wolle. — Der Gerichtshof beschloß, den Angeklagten zum nächsten Termin nur vorzuführen zu lassen. Von einer Verhaftung hat der Gerichtshof, wie der Vorsitzende hervorhob, aus dem Grunde noch abgesehen, weil bisher noch nicht festgestellt sei, ob sich der Angeklagte nicht noch im Auslande befinde, was wahrscheinlich sei.

Das Gesundheitswesen wird, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, auch im Victoria-Lyceum betrieben! Dort werden sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache „Unterichtskurse“ abgehalten, jeden Freitag von 7-8 Uhr abends englisch, von 8 bis 9 Uhr abends deutsch, und jeden Sonntag von 10-11 Uhr vormittags englisch, von 11-12 Uhr deutsch. Es sind drei Damen tätig: Frau Seal, eine Amerikanerin, und Frau Brunner, eine Deutsche, die den Unterricht leiten und selbst Beobachtungen vornehmen, sowie Frau Lepow, eine Amerikanerin, welche „Assistentin“ ist und die Uebersetzungen der Bücher der Mrs. Eddy sowie anderer Schriften aus dem Englischen besorgt. Diese drei Damen unterhalten zwei „Kliniken“, Lützowplatz 3 und Lützowstraße 26, die sich vorzüglich „rentieren“ sollen. Ähnlich wie die Behandlungsfälle der Schwedern Schön, sind auch hier die räusperlichsten Luxusfälle angefaßt. Die Amerikanerinnen erklären, daß die Strahlen des göttlichen Geistes, die sie den Kranken „zuleiten“, nur dann wirken, wenn diese nicht nur physisch, sondern auch moralisch gesund sind. Wer nur geheilt werden wolle, um wieder sündigen zu können, werde vergeblich die Hilfe des göttlichen Geistes anrufen. Bleibt der Erfolg also einmal aus, so sind nicht die „Geister“ daran schuld, sondern die „Sündhaftigkeit“ des Kranken. Wer sich bei den Amerikanerinnen der Heilung durch das Gesundheitswesen unterziehen will, muß zunächst eine kleine Broschüre „Antwort auf Fragen über die christliche Wissenschaft“ von Edward A. Kimball kaufen. Das Heftchen kostet 50 Pf. Ferner muß man eines der beiden Bücher der Mrs. Eddy kaufen. Das eine kostet vierzehn, das andre zweiundzwanzig Mark. Nach der Versicherung der drei Damen genügt das Lesen des Buches oft allein schon, um die Krankheit zu bannen. Der Abgang dieses Buches soll geradezu

ins Ungemessene gehen. Das Honorar für eine einmalige „Zuleitung“ göttlichen Geistes beträgt mindestens drei Mark und steigt mit dem Vermögensverhältnisse. Um die heiligen Strahlen andern vermitteln zu können, muß man angeblich ganz in dem Geiste Gottes aufgehen und an der Bostoner metaphysischen Universität den Doktorgrad (christian scient) erlangen. — Frä. Schön macht übrigens trotz der „Konkurrenz“ auch sehr gute Geschäfte. Sie hat, wie jetzt bekannt wird, in der Geislerstraße noch eine zweite Vertriebsstätte der Gesundheitslehre eingerichtet. Wenn die Beobachtung nicht täuscht, ist diese Vertriebsstätte für die Begüterten bestimmt, die sich an die Vertreterin der „metaphysischen Heilmethode“ wenden. Das läßt sich aus den Aufträgen schließen, in denen die Kranken mit ihrer Begleitung vorpreschen.

Die „höhere Bildung“ scheint demnach kein Mittel gegen Dummheit zu sein.

Die Beaufsichtigung der Kranken in der königlichen Augenklinik in der Fiebigstraße wird eigenartig beleuchtet durch einen Vorfall, der die Beteiligten in große Erregung und Betrübnis versetzt hat. Der Schneidermeister Julius Jüsel, ein 61-jähriger Mann, war vor einigen Wochen wegen eines schweren Augenleidens von Madewege bei Brandenburg nach Berlin gekommen, um sich einer Operation zu unterziehen. Am 13. Januar wurde er in der Augenklinik in der Fiebigstraße aufgenommen. Seit dem 15. Januar, 5 Uhr früh, ist er nun spurlos verschwunden. Niemand weiß, wie er aus dem Institut während der Nachtzeit herausgekommen ist. Andere Patienten konnten nur sagen, daß Jüsel nicht geschlafen hatte, sondern ruhelos umhergewandert sei. Daß er die Klinik zur fraglichen Zeit nach der Straße zu verlassen konnte, erscheint ausgeschlossen. Nun liegt das Gebäude der Augenklinik mit einer Seite ziemlich dicht an der Spree. Die Verwandten Jüsel in Nordorf nehmen an, daß der alte Herr, der infolge seines bedenklichen Augenleidens und vielleicht auch aus Furcht vor operativen Eingriffen nach und nach in einen Zustand hochgradiger Erregung hineingeraten ist, die Räume nach der Wasserseite zu verlassen und sein Ende in der Spree gefunden hat. Möge nun diese Annahme zutreffen oder nicht, jedenfalls ist durch den Fall Jüsel dargethan, daß die Bewachung der Kranken in der Augenklinik einer Verbesserung bedürftig ist.

Drei Kinder sind gestern nachmittag vor dem Grundstück Frankfurter Chaussee 102 schwer verletzt worden. Die Kinder spielten auf dem Bürgersteig, als plötzlich durch den Anprall eines mit vier Pferden bespannten Wagens der alte Jam umgeworfen wurde, der das zur Zeit ausgeschachtete Terrain notdürftig umfriedete. Während ein Knabe schnell zur Seite sprang und sich rettete, wurden der Sohn des Straßenbahn-Schaffners Rambler, der Sohn des Restaurateurs Reihner und der Sohn des Arbeiters Polgalla unter den Trümmern begraben und schwer verletzt. Die Polizei inhibierte das Weiterarbeiten auf dem Baugrundstück und leitete die Untersuchung ein. Jetzt wird ein regelrechter Bauzaun gezogen. Warum ist dieser baupolizeilichen Vorschrift nicht früher genügt worden?

Wiederum werden zwei schwere Unfälle aus dem Straßenbahn-Vertriebe gemeldet. Gestern vormittag sprang das Dienstmädchen Martha Krüger aus Wilmersdorf, welches den Motorwagen Nr. 8 der Linie Fiebigstraße-Hundeshöhe der Westlichen Vorortbahn benutzte, an der Ringbahnstraße in Schmaragdort trotz der Warnung des Schaffners von dem in der Fahrt befindlichen Wagen ab. Das Mädchen kam zu Fall und zwar so unglücklich, daß es eine Gehirnerschütterung davontrug. Das Dienstmädchen wurde zunächst nach der Wohnung seiner Herrschaft gebracht und von dort dem Kreisärztl. Krankenhaus zugeführt.

Der zweite Unfall ereignete sich gestern Abend gegen 7/80 Uhr in der Reuen Königsstraße in der Nähe der Eimmsstraße. Dort versuchte das Dienstmädchen Emma Haake etwa 50 Meter von der Haltestelle auf die Hinterplattform des einen Anhänger versehenen Motorwagens 1845 der Linie Spittelmarkt-Weißensee zu steigen, alst jedoch hierbei ab und kam zu Falle. Die S. stürzte zwischen Motor- und Anhängerwagen, geriet unter die Vorderplattform des letzteren und wurde von der Schutvorrichtung desselben erfaßt und mitgeschleift. Der Schaffner gab sofort das Rostsignal und obwohl es dem Wagenführer gelang, den Zug auf einer Entfernung von drei Metern zum Stehen zu bringen, hatte das Dienstmädchen doch schon schwere Verletzungen davongetragen. Auf der Unfallstation in der Reibelstraße wurde unter andern Verletzungen auch eine Gehirnerschütterung festgestellt, und mußte daher die S. nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem zwölfjährigen Mädchen ist der 41 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Dehmann aus der Berufsstr. 11 verhaftet worden. — Wegen gleichen Vergehens ist der Mischhändler Klatow aus der Pimischstraße verhaftet worden.

Von der Straßenbahn totesfahren wurde gestern nachmittag der ungefähr 6 Jahre alte Sohn des Arbeiters Blochwitz. Der Unfall ereignete sich vor dem Hause Soligierstr. 117. Der Knabe war so unglücklich unter den Wagen geraten, daß ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde, so daß der Tod sofort eintrat.

Unter der falschen Vorspiegelung, die patentierten Gas-sparbrenner der Firma Offenburg aus der Ludanstr. 8 zu vertreiben, haben zwei Männer in Berlin und den Vororten verschiedenen Personen wertlose Brenner verkauft. Sie führten einen richtigen Sparbrenner vor und ließen ungeeignete Apparate, Obgleich der Betrag schon seit Monaten betrieben wird und die Polizei in Kenntnis gesetzt wurde, ist die Ergreifung der beiden Personen bisher nicht gelungen.

Übermals ist ein Kind verbrannt, das die Mutter ohne Aufsicht lassen mußte. Die Witwe Schammstiel aus der Lädenstraße 13 hatte ihre anderthalb Jahre alte Tochter Elisabeth der Aufsicht des drei Jahre alten Bruders Otto anvertraut, während sie selbst die Handreinigung besorgte. Als sie am Montagvormittag um 10 1/2 Uhr nach kurzer Abwesenheit die Wohnung wieder betrat, fand eine Schürze, auf der die kleine Tochter gesessen hatte, in Flammen. Der Knabe hatte einem Schrank Streichhölzer entnommen und damit die Schürze in Brand gesetzt. Obgleich die Mutter das Feuer gleich löschte, hatte das Kind an der rechten Körperseite doch so bedeutende Brandwunden erlitten, daß es eine Stunde später im Krankenhaus Moabit starb.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurde gestern die Grünkrampfhändlerin Möhl, die den Plan, sich eine hohe Versicherungssumme zu verschaffen, auf die geistige Inzurechnungsunfähigkeit ihres Mannes aufbaute. Die aus dem Ehemann, der Frau und sechs Kindern bestehende Familie wohnt Grünhaldenstr. 58. Der Mann hatte im Jahre 1896 von einem Heringshändler einen Schlag auf den Kopf erhalten und war dafür mit 1700 M. entschädigt worden. Am 12. v. M. begab sich die Mutter mit den Kindern zu Bekannten, der Vater ging später auch fort. Kurz nachher brach Feuer aus und zerstörte die mit 1700 M. über den Wert versicherte Einrichtung. Die Versicherung emigte sich mit der Frau auf 687 M., und zahlte das Geld. Dann hatte aber Frau Möhl noch bei der Polizei angezeigt, daß ihr anlässlich des Brandes acht Wundermarzscheine entwendet worden seien, die sie in einem Meldebüchlein verpackt gehalten habe, auch eine Beschreibung des mutmaßlichen Täters schriftlich gegeben. Frau Möhl hatte sich Möhl, auf den die Beschreibung paßte, den Vollbart abnehmen lassen und war in das Lazarus-Krankenhaus gegangen, wo er sich noch befindet. Das war bei den angeblichen Ermittlungen nach dem Scheitern aufgefallen. Als Frau M. bei ihrer Vernehmung geheimer sich widersprach, auch 200 M. in Gold bei sich hatte, die nach ihrer falschen Angabe von einer armen Frau Schulz, ihrer Schwägerin entliehen haben sollte, wurde sie in eine Einzelzelle abgeführt. Auf dem Wege dorthin bemerkte die sie begleitende Aufseherin, daß Frau M. etwas in den Mund zu schieben ver-

suchte. Das wurde verhindert und ihr konnten 6 Hundertmarktscheine aus der Hand genommen werden, die sie in den Unterrock eingeklebt hatte und nun zu verkleben versuchte. Auf Grund dieser überraschenden Wendung gestand sie nicht bloß ein, über den Diebstahl falsche Angaben gemacht, sondern auch den Brand angelegt zu haben in der Annahme, daß ihr die Abficht mit Hilfe ihres ungerechnungsfähigen Mannes gelingen werde.

Ein fährlicher Unfall am Trapez hat sich gestern nachmittags um 4 Uhr in dem Lokal „Zum Groden“ in Reinickendorf zgetragen. Dort sätze zu der abendlichen Vorstellung der 53 Jahre alte Artist Hermann Schöndorn in Gegenwart seines Bruders am Trapez. Dabei hat er einen Fehltritt und stürzte in das darunter gespannte Netz, anscheinend ohne sich zu beschädigen. Als er aber gleich darauf aus dem Netz steigen wollte, fiel er ohne Bestimmung mit dem Rücken auf den Fußboden. Der Bruder brachte ihn in einer Droschke nach der Wohnung, wo er bereits gestorben war, als ein herbeigerufener Arzt eintraf.

Die freie photographische Vereinigung veranstaltet am Donnerstag, den 6. Februar im Hörsaal der „Urania“, Taubenstr. 48/49, eine außerordentliche Sitzung, in welcher Herr Dr. R. Neuhaus über den gegenwärtigen Stand der Photographie in natürlichen Farben und Bezugnahme auf die von ihm gewonnenen neuesten Resultate der direkten Farbenphotographie durch Körperfarben sprechen wird. Der Vortrag findet vor geladenen Gästen statt und wird am Freitag, den 7. Februar, im Hörsaal der „Urania“ öffentlich wiederholt werden.

Wenn das Berliner Aquarium seine Aufgabe in einem Teil darin sieht, den Besuchern und Freunden der Natur fortgesetzt neue und merkwürdige Tierformen aus den verschiedenen Länder- und Meeresgegenden vorzuführen, so zum andern Teil nicht minder darin, absonderliche und eigenartige Lebenserscheinungen und Vorgänge aus dem Reich der Tiere den Besuchern zu bieten. Daß dabei in erster Linie die Fauna des Wasser, vornehmlich der Meere, zur Geltung kommt, wird ja schon durch die Bezeichnung des Instituts bezeugt. Für die weitest weichen der Besucher ist das Studium der Gruppierungen und Beziehungen in den Klassen der kaltblütigen und wärmeren Tierwelt viel anziehender, als die Beschäftigung mit einzelnen, wenn auch neuen Tierformen. Derartige interessante biologische Gegenstände lernen und beispielsweise mehrere faszinierend angelegte Genossenschaftler aus den Abteilungen der Krebs-, Schwamm- und Plumentiere kennen. Zu dem einen Paß hat sich eine Art Seeotter auf der Wohnung eines Krebses angeheftet, um mit diesem gemeinsam auf dem Meeresgrunde herumzutastieren, in dem andern Paße hat sich auf dem Hause des Krebses ein roter Korallenwurm festgesetzt, der allerdings manchmal dem Inwohner die Aushaust verleiht.

Apollo-Theater. Während des Gastspiels der Poetie Gullbert ist das Ensemble des Central-Theaters samt seiner Wiener Operette vom „Sähen Mädel“ in das Apollo-Theater übergeführt. Das Werk, dem die Gesangs- und Spielleistungen des schiefsten Singmädel Berlin der Mia Werber reiche Wirkungen schafft, fand auch an seiner neuen Stätte herzliche Aufnahme. Die Operette zeichnet sich vor andern immerhin dadurch aus, daß in ihr der Trikotdecorateur zurücktritt und Musikus und Librettist die Vorhand behaupten. Dennoch bleibt es jammerschade, daß eine Naturkünstlerin wie Mia Werber verdammt ist, ihre Gaben lediglich den musikalischen Trivialitäten und dem textlichen „modernen“ Operettenmacherei zu opfern, die schließlich doch keinen höheren Eindruck hinterläßt als ein anspruchslos ausgeprägter und deshalb ungenügender Clown. Sollte die künstlerische Spieloper keine fähigen Mädel gebrauchen können, und eine Mia Werber rechtzeitig der Gefahr entziehen, sich selbst zu verlieren und bei der Darstellung des Sinnes und Gleichgültigen zu vergrößern, an das sie jetzt so viele Kunst und Seele verleiht? — Die übrigen Darsteller und Darstellerinnen der Operette thaten ihr Möglichstes in betterer Ausgelassenheit; die puffende Masse zeigte sogar ammutig-berben Humor.

Der Operette gingen einige Specialitätennummern voraus. Die drei Virtuositinnen am himmelhohen Trapez leisteten in vorzüglicher Kunst halbbrecherisch-gierliche Vorträge.

Feuerbericht. Eine Explosion, die glücklicherweise nur geringen Schaden verursachte, entstand Dienstagmorgen 4 Uhr in der chemischen Fabrik von Dr. H. Spay u. Co. in der Wilhelmstr. 108. Beim Kochen von Chemikalien fing diese Feuer und explodierten. Die Flammen waren jedoch bei Anbruch der Feuerwehre bereits erlosch. Personen wurden nicht verletzt. Montagmorgen kurz nach 1 Uhr wurde die Wehr nach der Oranienstr. 147 gerufen, wo in einem Keller Verpackungsmaterial in Brand geraten war. Kurz darauf hatten sich in der Drontheimerstr. 18 Kohlen entzündet. Der dadurch entstandene Brand konnte indes bald abgelöscht werden. Abends 5 Uhr gerieten in der Kottbuserstr. 53 in einer Wohnung Möbel, Berg und Kleidungsstücke in Brand, der jedoch noch im Reine erlosch werden konnte. Außerdem erfolgten gleichzeitig noch zwei Alarmierungen nach Frankfurter Allee 78 und der Puhlsstr. 21. In beiden Fällen handelte es sich nur um unbedeutende Anlässe. Infolge mehrfacher Meldung wurden Dienstagabend 7 Uhr ein halb Dutzend Löschzüge nach dem Hause Prinzessinnenstr. 24 gerufen, dessen Quergebäude in allen Stockwerken mit Tischlerien besetzt ist. Auf nicht ermittelte Weise war im Dachraum Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff, so daß die Wehr energisch vorgehen mußte, um zu verhindern, daß eine Tischlerei erlosch würde. Nach halbständigem Wassergeben konnte indes die Gefahr als beseitigt gelten, doch zogen sich die Aufräumungsarbeiten noch stundenlang hin. Ein Teil des Dachstuhls wurde eingestürzt. In der Königsstr. 47 fingen dann noch Papier und Lumpen Feuer, welches jedoch ebenfalls in kurzer Zeit erlosch werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Der Schöneberger Stadterordneten-Versammlung lag in ihrer Sitzung am Montag folgende von unsren vier Vertretern eingebrachte Erklärung vor: Unterzeichnete protestieren aufs energigste gegen die Einführung des Herrn Schindl, da derselbe nicht gewählt laut Städte-Ordnung, sondern von 25 Stimmen „ernannt“ worden ist. Gegen diesen Beschluß liegt Beschwerde beim Magistrat sowie beim Regierungspräsidenten vor. Es wird erwartet, daß von der Einführung Abstand genommen wird, bis dem Gesetze Gehör gegeben ist. Bekanntlich wurde in der vorigen Sitzung die Wahl unseres Genossen Däumig im vierten Bezirk, trotzdem er weit über die absolute Stimmenmehrheit erhalten hatte, für ungültig erklärt und sodann die Wahl des einzigen bürgerlichen Gegenkandidaten Schindl proklamiert, der auch die Wahl in einem besonderen Aufschreiben angenommen hat. Daß ein ganz besonderer „Mut“ dazu gehört, ein auf diese Weise erhaltenes Mandat anzunehmen, wird wohl jeder verstehen. Der Herr Richter Müller konnte denn auch weiter nichts erklären, als daß der Protest den Alten beigelegt werde. Hinst. Minuten später ließ Herr Schindl sich denn auch wieder „einführen“.

Der hiesige Gaswirtsverein hatte um Aufhebung des Gemeindegutsbeschlages zur Betriebssteuer und die Schöneberger Innungen um Aufhebung von der Erhebung der Beiträge zur Berliner Handwerkskammer petitioniert. Der darüber eingelegte Ausnahm empfahl, aber die erstere zur Tagesordnung überzugehen, da das Gaswirtsgebet ganz gut 100 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer entgegen könne, besonders auch, da die Steuer eine Einnahme von 11 000 M. mit sich bringe. Unsere Vertreter wandten sich ganz entschieden gegen eine solche Sondersteuer, die das kleinere Gewerbetreibende ganz besonders treffe; von den Nachbarnstädten Berlin und Charlottenburg werde dieser Zuschlag auch nicht erhoben. Man könnte den Zuschlag durch stärkere Heranziehung der großen Betriebe ausgleichen. Schließlich wurde mit großer Mehrheit der Ausnahmtrag angenommen, so daß also der Betriebssteuergesetzschlag auch weiterhin erhoben wird. Ebenso erging es der zweiten Petition, trotzdem unsere Genossen dafür eintraten, daß in Anbetracht der mit der Erhebung der Beiträge verbundenen Unzulänglichkeiten das Umlageverfahren aufgehoben sei. Mit 26 Stimmen wurde ein Antrag Erdmann angenommen, diese Beiträge zur Handwerkskammer von den Interessenten wie bisher einzuziehen. Die Versammlung bewilligte sodann noch 8700 M. zur Einrichtung des chemischen Laboratoriums in der

Hohenzollernstraße und erklärte die Wahl des Genossen Hoffmann im 8. Bezirk, gegen welche ein Protest eingeleitet war, ohne Debatte für gültig.

Aus der Stadterordneten-Sitzung in Spandau. Zunächst wurde der Etat der Stadt-Sparkasse auf 814 659 M. in Einnahme und Ausgabe festgestellt. Sodann erstattete der Oberbürgermeister, der gesetzlichen Vorchrift gemäß, den Verwaltungsbericht, der nur sehr kurz ausfiel. Einen Hauptpunkt nahm darin die socialdemokratische Beschwerde an den Regierungspräsidenten ein, die wir bereits gestern erwähnten. Die Beratung des Hauptetats für 1902/03 füllte sodann den ganzen übrigen Teil der Sitzung aus. Unsere Genossen hatten dazu eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die aber — wie es auch kaum anders sein kann — fast sämtlich keine Gnade vor den Augen dieser Mehrheit fanden. Welche gefährlichen Zwecke unsere Genossen mit ihren Anträgen verfolgten, besagte schon allein der erste Antrag: „für alle zukünftig zur Reueinstellung kommenden städtischen Arbeiter den Betrag von 3 M. als Mindestlohn festzusetzen.“ Grund genug zur Ablehnung. Nur mit dem Antrag: „Anstellung von Schulärzten“ hatten unsere Genossen insofern Glück, als er in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen wurde. Ein weiterer Antrag „Anstellung eines Krankenhaus-Inspektors“ wurde einer gemischten Kommission überwiesen. Gegen die Stimmen unserer Genossen und einiger bürgerlichen Stadtväter wurde alsdann der Kommunalsteuer-Zuschlag auf 185 Proz. (im Vorjahre 200 Proz.) und die neue Grundsteuer auf 3,66 pro Mille festgesetzt und der Haupt-Etat auf 2 336 140 M. in Ein- und Ausgabe festgestellt.

Groß-Lichterfelde. Nach einer Mitteilung des „Gemeinnütigen“ sollte der Redacteur Dr. Klein infolge der Verhaftung des Direktors Hülger geflohen sein. Wie wir uns überzeugen konnten, beruht die sensationelle Meldung auf Unwahrheit.

Eisenbahnunfall. Aus Spandau wird vom Dienstag berichtet: Der heute früh 6 Uhr von Spandau nach dem Schlessischen Bahnhof in Berlin abgehende Arbeiterzug überfuhr das 22 Jahre alte Mädchen Bertha Krüger, welche in der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ zu Berlin beschäftigt war. Sie wollte trotz warnender Jurke des Bahnpersonals in dem schon in Bewegung befindlichen Zug steigen, fiel jedoch dabei und geriet unter die Räder, die ihr über Brust und Leib gingen. Der Tot trat auf der Stelle ein.

Gerichts-Zeitung.

Im großen Prozeß Fuhrmann und Genossen sind gestern die Verhandlungen im kleinen Schwurgerichtssaale wieder aufgenommen worden. Die Sitzung wurde mit der eingehenden Vernehmung derjenigen Personen angefaßt, die in einzelnen Fällen gestohlene Sachen angekauft und sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben. Dieser Teil der Verhandlung bot kein allgemeines Interesse. Gegen den wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei angeklagten Pfandleiher Marcus Scheer wird erst am Mittwoch verhandelt werden.

Guten Appetit! Im verflochtenen Herbst kam die Wittve Emma Vurchardt aus dem Posenischen nach Berlin und auf die vernünftige Idee, hier eine Speisewirtschaft einzurichten. Sie mietete in der Linienstraße ein aus zwei Räumen bestehendes Lokal. Während der erste Raum als Aufenthaltsort für die Gäste bestimmt war, diente der hintere Raum als Küche. Es gab in dem Lokal Bouillon in Tassen und Kaffee in Teller, an festen Speisen allerlei Ragouts zu billigen Preisen. Wiederholt waren dem Reviervorstand Klagen zu Ohren gekommen, daß es in der Speisewirtschaft der Frau Vurchardt nicht appetitlich zugehe. Am 28. November wurde eine Revision vorgenommen. Beim Öffnen der Thür strömte den Besuchen eine Luft entgegen, die ihnen das Stomach erkrankte. Es wurde noch schlimmer, als sie die sogenannte „Küche“ betreten. Zunächst sprang ihnen aus einer Schütte ein zottiger Hund entgegen. Auf dem Fensterbrett saßen zwei lebende Hühner, welche die uniformierten Gäste mit fröhlichem Geplätscher begrüßten. Auf dem Tisch stand eine Schüssel mit einem sonderbaren Gericht. Es bestand aus Karpfenköpfen mit einer braunen Krübe übergossen. Daneben lagen einige Stücke angekochtes Mind-Reis. Unter dem Tische stand ein mit trübem Wasser gefüllter Eimer, in welchem ein Hirschkopflag. Sämtliche „Speisen“ waren bereits in Hühner übergegangen und strömten einen argen Geruch aus. Die Speisewirtschaft wurde geschlossen und die Inhaberin erhielt eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz. Im gestrigen Termin vor der 190. Abteilung des Schöffengerichts behauptete die Angeklagte, daß sie nur gute und gesunde Speisen verkauft habe. Die bei ihr beschlagnahmten Gegenstände seien allerdings verdorben gewesen, sie habe dieselben deshalb auch nicht zur menschlichen Nahrung verwerten wollen, sondern die Absicht gehabt, sie als Futter für ihre Fühner zu verwenden, die sie sich auf einem Stück Gartenland vor dem Thore gehalten habe. Hühner- und Karpfenköpfe habe sie in der Markthalle gekauft. Ein Zeuge behauptete, daß er einmal Hirschkopflag bei der Angeklagten gesehen habe. Es habe einen süßlich-läuerlichen, angenehmen pikanten Geschmack gehabt. Da keine Zeugen aufzufinden gewesen sind, welche über die Speisen zu klagen hatten und da die Angaben der Angeklagten nicht zu widerlegen waren, so mußte ein freisprechendes Urteil erfolgen.

Zu der Frage der religiösen Erziehung unehelicher Kinder hat das Kammergericht folgende in der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlichte Entscheidung gefällt: Von einer evangelischen Mutter war auf Verbecht ein Knabe geboren, der in der evangelischen Konfession unterrichtet wurde. Später verheiratete sich die Mutter mit einem Katholiken und wurde katholisch. Seitdem hat sie ihren Sohn in den katholischen Religionsunterricht geschickt. Während das Amtsgericht auf Antrag des Vormundes anordnete, daß der Knabe wieder in der evangelischen Konfession weiter zu unterrichten, beschloß das Landgericht auf Beschwerde der Mutter, daß der Knabe katholisch zu unterrichten sei. Die hiergegen eingelegte Beschwerde ist vom Kammergericht zurückgewiesen. Da nach Artikel 194 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Vorschriften über die religiöse Erziehung des Kindes unberührt geblieben sind, so sind im Gebiete des Allgemeinen Landrechts uneheliche Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres im Glaubensbekenntnisse der Mutter zu erziehen. Es fragt sich aber, ob das Gesetz das Glaubensbekenntnis der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes im Auge hat, oder ob im Falle eines Religionswechsels der Mutter vor Vollendung des 14. Lebensjahres des Kindes dieses letztere in dem neuen Glaubensbekenntnisse der Mutter zu erziehen ist. Während das Kammergericht sich früher für die erstere Alternative entschieden hat, ist es im Jahre 1890 zu der entgegengegesetzten Ansicht gelangt und an dieser wird auch jetzt festgehalten.

Wie man Socialdemokraten vor Gericht bringt. Für unsere politischen Zustände bezeichnend ist die Art und Weise, wie etwa ein Berliner Militär-Anwärter dazu kommen, sich durch unser Kasseler Parteiblatt, das sie bis dahin wahrscheinlich nie zu Gesicht bekommen haben, plötzlich beleidigt zu fühlen. Am 30. Januar wurde Genosse Kleil in Kassel, früherer Redacteur unseres dortigen Parteiblatts, wegen Vergehens aus seiner Redaktionsfähigkeit her zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Es handelte sich dabei um ein Entreeblatt, welches im Oktober v. J. in einer Reihe von Partei-Organen veröffentlicht wurde und die Begehrtheit der Herren Militär-Anwärter in Bezug auf die Beleidigung kommunaler Posten schilderte. Einem Kasseler Ober-Telegraphen-Assistenten war es vorbehalten, in dieser ganz allgemein gehaltenen Notiz eine Beleidigung seiner Person zu finden. Die angestrenzte Privatklage wurde jedoch zurückgezogen und die Staatsanwaltschaft erob Anklage im öffentlichen Interesse, als sich dem genannten Kasseler Herrn auch noch eine Reihe — Berliner Militär-Anwärter, darunter ein Polizeirat a. D., angeschlossen, die sich gleichfalls in ihrer Ehre gekränkt fühlten. Die Sache wurde dem Schöffengericht überwiesen und in der Verhandlung nahm der Amstovall Bezug auf ein

bereits vorliegendes beurteilendes Erkenntnis eines auswärtigen Ober-Landesgerichts in einem ähnlich liegenden Falle. Die Bevorzugung der Militär-Anwärter erfolgte auf Grund eines gefeßgeblichen Aktes und da heize es: „Hand davon!“ Zudem habe der Angeklagte, wie aus seinen Vorfragen ersichtlich, geradezu die Manie, andre Leute zu verletzen. Er beantragte daher zwei Monate Gefängnis nebst Publikationsbefugnis für die beleidigten Herren. Der Angeklagte verwahrte sich zunächst gegen die Unterstellung, er litte an einer Beleidigungssucht. Er habe nur die Manie, vollständig zu schreiben und könne auch in den inkriminierten Ausdrücken höchstens dann unter Umständen eine Beleidigung finden, wenn die Strafanktrag stehenden Personen den in dem Artikel besonders herangezogenen Stände der Nachwächter, Anlagen-, Friedhofs- oder Museums-Auffeher angehörten. Das sei bei dem Ober-Telegraphen-Assistenten und Polizeirat a. D. aber nicht der Fall und die andren Herren aus Berlin hätten ihre Amteigenschaft gar nicht angegeben, so daß man überhaupt nicht wissen könne, wer sie seien. Das Recht endlich, geistgeberische Akte zu kritisieren, sei ein verfassungsmäßig jedem Staatsbürger gewährt und kein Gericht dürste daran rütteln. Die herangezogene Entscheidung eines auswärtigen Ober-Landesgerichts dürfe aber das Gericht in keiner Weise beeinflussen, weil die Verschiedenartigkeit der Begleitumstände dies schon nicht zuließe. Er habe den Artikel aus einem andren Blatte übernommen und konstatierte, daß derselbe allenthalben unbeanstandet geblieben. Zum Ueberflus stehe ihm § 193 zur Seite, denn durch das Vordringen der Militär-Anwärter würden die Kommunalarbeiter benachteiligt und seien ihren Klagen Genossen zur Last oder machten ihnen Konkurrenz. Er beantragte daher eine Freisprechung. Das Gericht erkannte, wie erwähnt, nach kurzer Beratung auf sechs Wochen Gefängnis sowie Publikationsbefugnis für die beiden genannten Herren in einer Kasseler und einer Berliner Zeitung. Die andren Antragsteller aus Berlin schieden aus, weil ihre Charakterbezeichnung fehle. — Von wo die Berliner Antragsteller wohl Kenntnis von dem fraglichen Artikel erhalten haben mögen?

Ueber den Militärbefreiungs-Prozeß wird aus Elberfeld vom Dienstag berichtet: In der heutigen Verhandlung erklärten die Sachverständigen Ärzte, daß die zu den Losungsscheinen der Angeklagten festgestellten Befunde zuträfen bezw. zuträfen gewesen seien, so daß man auch zu keinem andren Urteil gelangt sein würde. Der Erste Staatsanwalt gab unter diesen Umständen die Erklärung ab, es sei unmöglich, den vom Reichsgericht geforderten Beweis zu erbringen. Auf die weitere Beweisaufnahme wurde allerseits verzichtet. Zu Donnerstag sind noch weitere sechs Zeugen geladen, auf deren Vernehmung die Verteidigung besteht; sie sollen über Dr. Schimmels Charakter und Verhalten ausfragen. Wie der Erste Staatsanwalt noch weiter mitteilt, hält er bei Raumann und der Witwe Dieckhoff auch Betrug nicht für vorliegend.

Vom Trebertrocknungs-Prozeß in Kassel verdient die folgende Nachricht aus der Dienstagspost Beachtung: In der heutigen Nachmittagsitzung begann das Verhör der Sachverständigen mit der Vernehmung des Kontursverwalters der Trebergesellschaft Justizrats Dr. Fries. Dieser erklärte, die Bücher der Gesellschaft seien völlig in Unordnung gewesen, so daß sich eine Konturs-Bilanz nicht aufstellen ließe. In der Kasse hätten sich 2000 M. bar befunden. Der Kontursverwalter der Leipziger Bank habe 500 000 M. zur Fortsetzung des Betriebes geliefert. Die Aktiva betrage 2 Millionen und läu sich im günstigsten Fall noch um 1/2 — 1 Million erhöhen. An bevorrechtigten Forderungen seien 827 256 M. angemeldet. Die Schulden der Trebergesellschaft beträgen ca. 168 Millionen Mark, davon kämen 70 — 80 Millionen auf das Konto der Leipziger B. A. Die Gesellschaft habe mit der Trebertrocknung fortgefahren, obgleich mit den Apparaten so gut wie nichts verdient worden sei. Die Verhandlung wurde um 1/6 Uhr abgebrochen, nachdem die Vernehmung des Kontursverwalters Fries beendet war. Letzterer äußerte die Ansicht, daß das persönliche Erscheinen des Direktors Schmidt an dem thatsächlichen Wibe nichts ändern werde.

Centralverband der Konditoren und verw. Berufsgenossen. Heute, Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstraße 57: Mittagsfeier.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Schiffmannen Deutschlands. Heute abend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 20, Vortrag des Redacteur J. Strobel über: Die letzte literarische Revolution. Gäste sind willkommen.

Vermisches.

Aus Anhalt wird berichtet: Bei den hiesigen Rheinischen Stahlwerken erlitten Montag sechs Personen am Hochofen schwere Brandwunden, denen der Meister Jeller und der Arbeiter Barlowitz bereits erlegen sind.

Sturmnachrichten. Schwere Stürme haben, wie schon gemeldet, an der englischen und atlantischen Küste große Verheerungen angerichtet. Ueber das Unwetter sind uns folgende Telegramme aus dem Ausland zugegangen: New York. Der gestrige Sturm erreichte eine Geschwindigkeit von 66 Meilen in der Stunde und verursachte einen sehr hohen Seegang; es werden mehrere Strauch- und andre See-Unfälle gemeldet. — Montreal. Ein furchtbarer Schneesturm und Orkan wüthet im Osten von Kanada. Jeder Verkehr auf den Straßen und mittels der Eisenbahn ist unterbrochen, die Zufuhr von Lebensmitteln nach Montreal ist bedeutend eingeschränkt, da es den Jammern unmöglich ist, ihre Erzeugnisse auf den Markt zu dringen. Seit 24 Stunden gehen keine Fische mehr; der Sturm ist der stärkste, der seit vielen Jahren in Kanada erlebt wurde. — Rom. Infolge von Schneefällen gingen bei Verano (Provinz Cuneo) Lawinen nieder, wodurch ein Haus niedergeboren wurde und mehrere Menschen verunglückten. Auch aus andern Teilen von Piemont und aus Venetien werden seit mehreren Tagen Schneestürme gemeldet.

Sechs Personen ertrunken. Aus Broxh-Wardein meldet der Telegraph: Vierzehn Papisten aus dem Orte Feletels wollten in einem Kahn über die Korde noch einem am andren Ufer befindlichen Betheand hinüberfahren. Der Kahn schlug hierbei um. Sechs Personen ertranken.

Eingegangene Druckschriften.

„Sabb. Postillon.“ Die Nr. 3 (M. Ernst's Verlag in München) ist besonders reich illustriert. Im Titelblatt spielt der hochwürdige Kleriker mit dem Kanalarbeiter; dagegen wird auf dem nächsten Folio die ganze nimmerleute Spitze durch Bebel gehörig verbrochen. Ein lustiges Intermezzo ist der Widerkass: „Wie einem Grundbesitzer warm wird.“ Auf der letzten Seite findet sich die Münchener „Der Stabstiel“, in der wir erfahren, daß in München, „so no was anders“ war! als Maßtrug und Robi.“ Von den mehr als 25 territorialen Beiträgen wollen wir nur hervorheben: die Gedichte Der brave Mittel und Der Vettelpost. Die reich ausgestattete Nummer kostet 10 Pf.

Die gegenwärtige Kritik, ihre Ursachen und die Aufgaben der Befestigung. Von Dr. Rudolph Ederhadt. Berlin 1902. (R. Hoffmann Verlag). Preis 75 Pf.

Witterungsübersicht vom 4. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Leipzig	767	Still	—	heiter	-5	Düsseldorf	767	Still	—	4 wolkenlos	-18
Hamburg	767	0	2	bedeckt	0	Berlin	767	0	2	bedeckt	-4
Berlin	766	0	3	wollos	0	Frankfurt	763	0	1	bedeckt	-0
Kassel	763	0	5	bedeckt	1	München	763	0	2	bedeckt	-0
München	760	0	2	bedeckt	1						
Wien	760	0	1	bedeckt	1						

Weiter-Vergleiche für Mittwoch, den 5. Februar 1902. Ein wenig wärmer, vorwiegend neblig oder wollos mit geringen Niederschlägen und schwacher Luftbewegung. Berliner Witterungsbureau.